

„Außenminister“ Dr. Held

München, 21. Januar. (Eigener Bericht.)

Die Amtstätigkeit des bayerischen „Außenministers“ besteht nicht nur noch in dem ihm wie jedem anderen deutschen Vorkriegsminister zustehenden Recht, am Stammtisch oder in Versammlungen seinen außenpolitischen Meinungen freimütig Ausdruck zu geben. Von diesem Recht macht der gegenwärtige bayerische Außenminister zeitweise ausgiebigen Gebrauch. So hat er es am Sonntag getan. Zwei Stunden lang hat er die offizielle Behauptung der deutschen Republik zerlegt. Er erlaubte sich die Behauptung, daß der aus der Kriegszeit erwachsene Staat und die herrschende öffentliche Meinung „ausgeschlossen“ haben. Eine reaktionäre Einstellung eines Mannes, der nun bald sechs Monate lang die amtliche Politik des Freistaates Bayern führt, das mehr als alles andere geeignet, das geringe Ansehen, das Bayern bei der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes genießt, noch weiter herabzumindern.

Trotzdem wie Herr Dr. Held nun einmal ist, kann er es dem Streben nicht verzeihen, daß er schon mit seinen früheren bayerischen Taten von ihm in die Schranken gewiesen wurde. Obgleich er den Verhandlungsweg mit den ehemaligen Gegnern als den einzig möglichen erklärt, „um überhaupt zu besseren Verhältnissen zu gelangen, beschimpft er Streikende mit der Behauptung, daß dessen Außenpolitik einen großen Teil der Schuld daran trage, wenn das deutsche Volk heute das Elend erleidet. Streikmanns Illusionen und Optimismus hätten verhindert, daß das deutsche Volk heute einem großen inneren Zerfall gleich, Helds eigene „wirklich starke Außenpolitik“ festsetzt. Deutschland aus der Anstrenghaftigkeit des Auslandes durch eigene Sparsamkeit, eigene Arbeit und eigenes Kapital zu retten. Wie er dies zuwege bringen will, das verrät er nicht. Er bedrängt das Volk mit keinem Wort. Er will nur, die Liebe muß uns alle zusammenhalten, um im neuen Kampf die Sozialdemokratie zu vermeiden, daß sie in der internationalen Einstellung das Parteiinteresse über das Vaterland stelle. Solch wüste unfaßliche Anpreisungen darf heute der verantwortliche Minister des zweitgrößten deutschen Reiches erlauben. Dabei ist er mit sich selbst noch nicht einmal einig, ob man den Young-Plan annehmen oder ablehnen soll. Dr. Held muß zwar anerkennen, daß die völlige Abkehr von dem besetzten Gebietes, die Befreiung der Wirtschaft von ausländischer Bevormundung, die Wiederrichtung der Wirtschaft, sehr „große und bedeutende Sachen“ sind, aber er traut er sich noch kein entscheidendes Urteil zu. Ihm stehen viel wohlere, wenn er sich hinter „Arbeitsbeschaffung“ verbergen kann, weil er sonst anerkennen müßte, daß die deutsche Außenpolitik von Versailles bis heute noch auch ohne ihn dem deutschen Volk bessere Verhältnisse geschaffen hat.

Verlegenheit im Tschernowzenprozeß

Berlin, 21. Januar. (Eigener Bericht.)

Der Tschernowzenprozeß stand am Dienstag im Richteramt vollkommener Ratlosigkeit. Die Verhandlungen mühen sich vergeblich unterbrochen werden, weil das Gericht immer wieder neuen Urteilen, die Urteile der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft angenommen werden sollten.

Es handelte sich insbesondere um die Vernehmung des Buchhändlerbesizers Schneider aus München. Nach der Strafverurteilung kann ein Zeuge eine Aussage, durch die er sich belastet, verweigern. Schneider ist aber gerade einer der anplangellagten und zwar derjenige, der in Frankfurt am Main die falschen Banknoten gedruckt hat. Da es eine Einigkeit ist, den Mann in derselben Angelegenheit, in der er angeklagt stand, als Zeugen zu befragen, schlagen Verteidiger und Staatsanwalt vor: das Verfahren gegen ihn und seinen Bruder K. S. P. P. P., das zu Beginn des Prozesses von dem Hauptverurteilten abgetrennt war, — Schneider war damals unabsichtlich — wieder mit diesem zu vereinigen. Dieser Antrag wurde aber weniger als dreimal in derselben Sitzung gestellt und dreimal abgelehnt.

Schneider, dessen Aussage von großer Wichtigkeit gewesen wäre — viel wichtiger als die von mindestens einem Duzend anderer Zeugen — mußte entlassen und wiederum nach München zurückgeschickt werden.

Das einzige positive Ergebnis dieser unruhigen Sitzung war der Beschluß, den Kapitän Ehrhardt auf Anfang der nächsten Woche als Zeugen zu laden.

Neue Kommunalreise in Berlin?

Im Haushaltsausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der sich am Dienstag mit den Vorschlägen des Magistrats zur Erhöhung der Grund-, Vermögens- und Gewerbesteuer befaßte, ergab sich aus den Erklärungen der einzelnen Fraktionen, daß für die Magistratsvorschläge eine Mehrheit nicht vorhanden ist. Es ist jedenfalls damit zu rechnen, daß die Deckungsfrage in der nächsten Sitzung des Ausschusses am Donnerstag erledigt werden wird. Für diesen Fall erwartet man in Kreisen des Magistrats ein neues Eingreifen der Aufsichtshörde. Man hält es vor allem nicht für ausgeschlossen, daß an Stelle der Gewerbesteuer eine neue Erhöhung der städtischen Abgabe angeordnet wird.

Wo soll er auch sonst hin?

Gememörder Fahlbuch Mitglied der Hitlergarde
Der kürzlich aus der Haft entlassene Gememörder Fahlbuch ist der Nationalsozialistischen Partei in Bremen beigetreten.

Elserertrag in Sachsen

Dresden, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.)
Der sächsische Ministerpräsident hat den Minister Elser von dem Amt des Arbeits- und Wohlfahrtsministers entbunden und den Minister des Innern Richter beauftragt, bis auf weiteres die Geschäfte des Arbeits- und Wohlfahrtsministers zu übernehmen. Richter ist Ministerpräsident, der der Deutschen Volkspartei nahesteht.

„Sparpolitik“ in Thüringen

Die Ministergehälter werden erhöht
Weimar, 22. Januar. (Eig. Funkbericht.)
Der thüringische Landtag nahm am Dienstag eine Resolution der Regierungsparteien zur Neuverteilung der Bezüge der Minister an. Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten gegen das Vorhaben. Die Wahl der neuen Regierung mit dem Ministerpräsidenten Fried als Innenminister kann nunmehr festliegen. Sie ist am Donnerstag erfolgt.

Die Saarverhandlungen

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.)
Die deutsche und französische Saardelegationen trafen am Dienstag eine Beschlusnahme ab, ohne jedoch über einen allgemein gehaltenen Vorschlag hinauskommen. Anstatt des komplizierten Charakters der Verhandlungen stehen die Probleme im Vordergrund. Allerdings ist es nicht zu erwarten, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen zu einem Ergebnis kommen werden.

Max Quast gestorben

Genesie Dr. Max Quast ist im Alter von fast siebenzig Jahren heute morgen nach längerem Leiden in Frankfurt a. M. gestorben.

Max Quast wurde am 9. April 1860 in Rudolstadt geboren. Er studierte in Leipzig Rechtswissenschaften. Während seiner Referendardienstzeit wurde er im Jahre 1888 wegen Förderung der Arbeiterbewegung aus dem Staatsdienst entlassen. Er war dann kurze Zeit in der Schriftleitung der „Deutschen Zeitung“ in Wien tätig und trat im Jahre 1887 in die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“ ein, der er bis 1891 angehörte. Sein Hauptarbeitsgebiet war Sozialpolitik und Volkswirtschaft. Er gehört zu den Begründern der „Blätter für soziale Praxis“. Im Jahre 1893 schloß er sich endgültig der Sozialdemokratie an und wurde Chefredakteur der „Frankfurter Volksstimme“. Er hat an dieser Stelle 24 Jahre lang an der Spitze der Frankfurter Arbeiterbewegung unermüdet gearbeitet, die er durch sein Wissen befruchtete hat. Im Jahre 1912 wurde er in den Reichstag gewählt, nach der Revolution in die Nationalversammlung. Er ist der Verfasser zahlreicher sozialpolitischer, volkswirtschaftlicher und geschichtlicher Schriften. Mit ihm ist einer der führenden wissenschaftlichen Köpfe der deutschen Sozialdemokratie dahingegangen.

Die sächsische Sozialdemokratie zur Reichsfinanz- und Steuerreform

Der Landesarbeitsausschuß der SPD. Sachsens, die Vertretung der vier Bezirksverbände Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau, der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion und die in Sachsen gewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben ausführlich zur Reichsfinanzreform Stellung genommen und sich damit befaßt, welche positiven Vorschläge die Sozialdemokratische Partei im Interesse der Arbeiterklasse zur Neuverteilung der Lasten zu unterbreiten hat.

Die Vertretung der sächsischen Parteigenossenenschaft lehnt das in der Regierungserklärung vom 12. Dezember 1920 mitgeteilte Finanzprogramm der Reichsregierung ab.

Sie fordert, daß der Etat des Reiches unbedingt ins Gleichgewicht gebracht wird. Die Souveränität des Reiches ist durch entsprechende Verringerung des Reichsausgabenpostens wiederherzustellen. Die eine Wiederherstellung der Diktatur des Finanzkapitals über Regierung und Volksvertretung unmöglich macht. Soweit Mehrerinnahmen zum Ausgleich des Haushaltsplanes nötig sind, können sie ohne Neubelastung geschaffen werden: durch Offenlegung der Steuerlisten, durch beschleunigte Einziehung der Steuerrückstände, durch wesentliche Verringerung der Erbschaftsteuer, durch Aufhebung der Steuerfreiheit für Spekulationsgewinne, durch Herabsetzung der Grenze der Besteuerung des Einkommens nach dem Verbrauch (jetzt 15 000 Mark) auf mindestens 8000 Mark und durch strengere Anwendung der Besteuerungsgrundätze, durch Ausbau des Branntweinmonopols und durch Einführung von weiteren Staatsmonopolen (Zigarettenmonopol usw.).

Angesichts der bisherigen ungerechten Lastenverteilung ist eine Senkung der Besitzsteuern abzulehnen, insbesondere muß die Industrieabgabe (die Belastung der Industrie nach dem Dawesplan) beibehalten werden.

Dagegen ist eine Herabminderung der Massenbelastung unbedingt erforderlich. Zur Entlastung der Massen wird in erster Linie die Herabsetzung der Zölle und Verbrauchsabgaben gefordert.

Der Sozialetat darf nicht abgebaut, sondern muß ausgebaut werden.

Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit müssen sofort getroffen werden; insbesondere sind die Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge und für den Wohnungsbau wesentlich zu erhöhen. Die Ertragssteuern der Gebäudebesitzer (Hauszinssteuer) müssen ausschließlich für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Der Einnahmefall muß durch Übertragung höherer Anteile aus anderen Steuerquellen, die Veranlassung für den Auslandsanleihen für öffentliche Körperschaften und die Kreditperre gegenüber Ländern und Gemeinden ist aufzuheben. Auf keinen Fall dürfen die Einnahmen der Länder und Gemeinden vermindert werden.

Die Neuverteilung des Finanzausgleichs sowie die Neuverteilung der Aufgaben von Reich, Ländern und Gemeinden ist sofort in Angriff zu nehmen, insbesondere durch Entlastung der Gemeinden durch Übernahme der Kosten für die ausgesteuerten Erwerbslosen auf das Reich.

Um die Voraussetzungen für den Ausgleich des Etats, für die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden und für die Entlastung der Massen zu schaffen, sind weitgehende Ersparnisse zu machen:

- durch grundlegende Verwaltungsreform,
- durch Abbau der hohen Gehälter der höchstbezahlten Beamten um mindestens 20 Prozent,
- durch Kürzung aller Pensionen auf einen Höchstmaß von 12 000 Mark pro Jahr,
- durch Herabsetzung der Ausgaben für Militärzwecke auf zunächst 500 Millionen Mark,
- durch Abbau im Luftfahrtbau und im Etat für das auswärtige Amt usw.,
- durch Streichung aller Geheimfonds und
- durch Ablehnung der bisherigen Subventionspolitik.

Diese Forderungen werden der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei übermittelt mit dem Ersuchen, sie zum Gegenstand der Auseinandersetzungen im Reichstag zu machen.

Warum so knauserig Herr Justizminister?

Unschuldige Verurteilte müssen gegen Preußen klagen
Die beiden Süppeler und Zoebles, die seinerzeit vom Kölner Schwurgericht wegen Raubes zu 5½ bzw. 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren, diese Strafe aber ungeschuldig verbüßt hatten und dann im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen worden sind, hatten durch ihren Verteidiger eine Entschädigung wegen ungeschuldig erlittener Zuchthausstrafe von je 30 000 Mk. verlangt. Verteidiger und Staatsanwalt hatten sich auf einen Betrag von je 24 000 Mark geeinigt. Der preussische Justizminister hat den ungeschuldig Verurteilten jetzt 11 000 Mark auszahlen lassen. Die ungeschuldig Verurteilten haben wegen der Restsumme den Klageweg beschritten.

Bürgerblut im hannoverschen Provinziallandtag

Der Provinziallandtag für die Provinz Hannover wählte am Dienstag von den Demokraten bis zu den Nationalsozialisten den welfischen Rechtsanwalt Hegemann-Verben mit 56 Stimmen zum Präsidenten. Auf den langjährigen sozialdemokratischen Präsidenten, Landrat Sillke, entfielen 30 Stimmen der Sozialdemokraten und zehn Stimmen des Zentrum. Die Sozialdemokraten verzichteten nach ihrer Verlegung parlamentarischer Verpflichtungen auf die Entsendung eines Vertreters in das Präsidium.

Goebbels doch gemäßigert

Gegenüber dem Tement Hitler, daß er seinen Berliner Anführer Goebbels wegen der Anrempelung Hindenburgs nicht gemäßigert habe, erzählt die Parteikorrespondenz des Nationalen Bauernbundes von einem Redaktionsmitglied des Berliner „Alarm“, daß der „Alarm“ keine Behauptung aufrecht erhält und in seiner nächsten Nummer mit detaillierten Angaben beweisen werde.

Neue Ablagen an Eugenberg

Die deutschnationalen Stadtverordneten Schmidt und Franke haben ihre Bindung an die deutschnationale Gruppe der Stadtverordnetenfraktion gestündigt und sich als Hospitanten bei der Deutschen Volkspartei angemeldet. Aus der Deutschnationalen Partei sind sie bisher nicht ausgetreten. Dem soll jetzt durch ein offizielles Ausschlußverfahren der Deutschnationalen Partei nachgeholfen werden.

Die Frage der Regierungsbeteiligung der SPD.

Ein bemerkenswerter Artikel Vincent Auriols.
In der seit Wochen im Gange befindlichen Aussprache über den bevorstehenden außerordentlichen Parteitag der sozialistischen Partei, der eine Entscheidung über die Regierungsbeteiligung zu treffen hat, hat am Dienstag im „Populaire“ der Abg. Vincent Auriols das Wort zu einigen Bemerkungen von prinzipieller Tragweite ergreifen.

Auriol protestiert zunächst dagegen, daß man durch ein einfaches Ja oder Nein die Partei zwingen wolle, eine schematische Entscheidung zu fällen, die notwendigerweise nur einen verfallenen Ausdruck der wahren Stimmung gebe. Es gebe heute verschiedene Nuancen zwischen den extremen Ja-Sagern und den extremen Nein-Sagern, und diesen Nuancen müsse man Rechnung tragen, wenn man eine wirklich ehrliche Entscheidung in diesem Kampf, in dem es in erster Linie um Prinzipien und Dogmen gehe, treffen wolle. Es sei daher zu fordern, daß die Resolutionen so abgefaßt würden, daß sie allen Nuancen zwischen Ja und Nein gerecht werden, denn wohl gebe es Parteihänger, deren Ideologie auf dem Vertrauen zur Dauerhaftigkeit von parlamentarischen Koalitionen, auf der Verlässlichkeit der Solidarität der republikanischen Unten basiere, ebenso wie es bei den Gegnern der Koalition Strömungen gebe, die die Beteiligung in jeder Form und an jeder Regierung ablehnten, ausgenommen in einem reinen sozialistischen Kabinett unter Ausschluß der Nachbarparteien. Die eigentliche Majorität der Parteimitglieder befinde sich zwischen diesen beiden extremen Flügeln. Es gebe solche, die nur die Beteiligung in der gegenwärtigen Kammer ablehnten und solche, die nur, solange die gegenwärtigen parlamentarischen Bedingungen, Gegner der Regierungsbeteiligung seien. Andere wieder seien der Ansicht, daß nicht die Majorität in der Regierung selbst, sondern die Majorität im Parlament entscheidend sein müsse für die Beschüsse der Partei.

Auriol weist schließlich auf die Resolution in seinem eigenen Wahlbezirk hin, die er dem Kongress zur Nachahmung empfiehlt, insofern als sie in der Tat den gegenwärtigen Schattierungen und Abtönungen zwischen den beiden extremen Flügeln Rechnung trage, und die bevorstehende Entscheidung zu einer Entscheidung von prinzipieller Tragweite für die Parteidoctrin mache, anstatt sie in einen faktischen Kampf mit kleinlichen Manövern ausarten zu lassen.

Gegen die faschistischen Lockspiegel und Spione

Sozialistische Interpellation in der belgischen Kammer
In der Kammer interpellierte der sozialistische Abgeordnete Brunaut am Dienstag den Justizminister über die Umtriebe faschistischer Spione und Lockspiegel auf belgischem Boden. Die Presse habe schon mehr als einmal auf sie aufmerksam gemacht und der wegen angeblicher Vorbereitung eines antisozialistischen Attentats verhaftete Bernieri habe ein Buch über die Organisation des italienischen Spionnetzes veröffentlicht. Die Polizei und die Justiz hätten aber von allem keine Kenntnis zu haben. Es liegen vielmehr Beweise dafür vor, daß die belgische Polizei zu dem italienischen Lockspiegel Menapace Beziehungen unterhalten habe. Dieses Gesindel lasse die Polizei gewähren. Nur wenn es sich um Antifaschisten handele, die von italienischen Behörden denunziert oder verfolgt würden, lasse man die Polizei auf sie hehen, sie verhaften oder das Land verlassen.

Der sozialistische Abgeordnete Berard ergänzte diese Aufgaben. Die belgische Polizei habe sich schon in der letzten Fällungsgasse in einem wenig blenden Licht gezeigt. Schon damals habe die Regierung bewiesen, daß sie sich von der politischen Polizei über den Ohr hauen lasse. Es warte an der Zeit, daß diese politische Polizei etwas genauer überwache und ihren Machenschaften mit den italienischen Spionen ein Ende gemacht werde.

Die Antwort des Justizministers war äußerst schwach. Er erklärte, er lasse keine Ausländer leichtem Herzens und nur nach gründlicher Prüfung jedes einzelnen Falles ausweisen. Die Rolle des Menapace sei zweifellos unzulässig. Rame er nach Belgien, so würde er verhaftet. Er glaube aber nicht, daß die italienische Regierung von der Tätigkeit des Menapace Kenntnis gehabt habe. Solche Leute handelten oft aus eigenem Antrieb. Hier ruft der Abg. Berard dem Minister zu: „Sie dürfen ja gar nicht anders reden!“, worauf der Justizminister die Antwort schuldig blieb.

Beginn des Litwinowprozesses

Vor dem Pariser Schwurgericht begann am Dienstag der Prozeß gegen den Bruder des russischen Volkskommissars Litwinow, der beschuldigt wird, sieben Wechsel im Gesamtbetrag von rund 200 000 Pfund Sterling mißbräuchlich auf den Namen der russischen Handelsdelegation in Berlin ausgestellt zu haben. Mit Litwinow sind der polnische Bankier Max Joffe und der Berliner Hotelier Willi Liborius vor Gericht erschienen, weil sie die falschen Wechsel in den Verkehr zu bringen suchten.

Die Verlesung der Anklageschrift dauerte fast eine volle Stunde. Die russische Regierung hat sich als Nebenklägerin angemeldet und läßt sich durch den Moskauer Rechtsanwalt Teilienoff vertreten.

Paris, 21. Januar. (Eig. Drahtbericht.)
Der erste Tag der Gerichtsverhandlung gegen den Wechselverkäufer Litwinow ist nicht über die Vernehmung Litwinows selbst hinausgekommen. Dieser betonte, daß er bei der Ausstellung der strittigen Wechsel „nur als Disziplinarsoldat und auf Befehl“ gehandelt habe. Sein Mitangeklagter, der Bankier Joffe, erklärte, daß er über die Diskontierung der Wechsel als Mitglied mit dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation in Berlin, Euroff, verhandelt habe. Allerdings sei die Quittung für das Euroff als Gegenwert für die Wechsel ausgehändigte Bargeld nur von Litwinow unterzeichnet worden. Das habe er, Joffe, nicht protestiert, da man „mit solchen hohen Beamten rückwärts umgehen müsse“. Das er für die Wechsel nicht mehr als 15 Prozent des Barwertes bezahlt habe, sei normal. Der Wechsel hätte eine Laufzeit von 2½ Jahren gehabt und niemand habe hätte höher sein können als die Sozialregierung an ihrem Fälligkeitstermin überhaupt noch existieren werde.

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Mittwoch
20 bis 22,30 Uhr:
Abonn.-Vorstellung 11
**Die lustigen Weiber
von Windsor.**
Donnerstag
20 bis 22,30 Uhr:
Abonn.-Vorstellung 11
**Cavalleria rusticana
Der Bajazzo.**
Freitag
19 bis gegen 21 Uhr:
Abonn.-Vorstellung C 11
Der Rosenkavalier.

**Circus
Busch**
Nur noch 2 Wochn. 2. Febr.
Täglich 8 Uhr
Mittw., Donnerst., Sonnab.
auch 3 Uhr zu ganz klein.
Preise v. 50 Pf. bis 1.30 M.
Wasser-Manager-
Schaustück
„Abenteuerl. d. Abtuzen“
Immer daran denken:
Circus Busch kommt
nie wieder
nach Breslau!

Deutscher Holzarbeiter-Verband — Verwaltungsstelle
Dreslau
Sonnabend, 25. Januar, in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses
MASKENBALL
Prämierung der 3 schönsten Damenmasken | Einlaß 5 Uhr
und der originellsten Herrenmaske | Anlang 6 Uhr
Eintritt pro Person 1.00 Mk. einschl. Steuer
Eintrittskarten sind im Büro des Verbandes, Zimmer 25,
1. Stock und an der Kasse zu haben

Wasten
verleiht von 2 Uhr an
Dobin, Döllingstraße 11
Hinterhaus 2 Treppen 218
**Druckeret
Volkswacht**
fertig
moderne Druckmaschinen
Breslau 2, Flurstr. 4/8

Bräuers Festsäle
Oblitzstraße 22
Heute Mittwoch:
Verkehrter Ball
Jeden Sonntag: **Gesellschaftsspaß**
Küchen
221 aparte Modelle, naturfarbig
und farbig von Mk. 130—500
Teilzahlung gestattet
Nowotny, Weidenstr. 23/24

Sobe-Theater
Telefon 66747
Mittwoch bis Freitag
2,15 Uhr:
Die Feindin
Sonnabend 20,15 Uhr
und täglich:
**... Vater sein
dagegen sehr!**

Waren Sie schon
bei Liebich???

KASSNER
Heute auch 4 Uhr bei
ganz niedrig. Preisen
Vorverkauf benutzen
Ruf 34646

Thalia-Theater
Telefon 66747
Mittwoch 20,15 Uhr
und täglich:
Trojaner
Sonnabend 15,30 Uhr
(keine Preise):
**Schneewittchen
und die sieben Zwerge**

Zür Blishees
und Matizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Über-
nahme nicht über-
nommen werden.
**Berlag
der
Volkswacht**

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300.
Täglich 8 Uhr:
Kunstl. Leitung:
Dir. Hans Lipschütz.
Wegen des sensationellen Erfolges
b. Freitag vorläng.
Gastspiel
Erni Jolan
Walter Jankuhn
Der Bettelstudent

Vinoleum
n. Sitagula hochbillig, Preis-
legende, 300 breit, in Flecken,
q u 1,75, 500 breit, Meter 1,50.
G. Friedländer, Sonnenstr. 30

Operette in 3 Akten
von Carl Millöcker.
Sonnabend,
den 25. Jan., 8 Uhr
sein elastiziert
**Gräfin
Mariza**
mit Erni Jolan
u. W. Jankuhn
Sonnabend, nachm. 4 Uhr
Sonnab., nachm. 2 Uhr
Rübezahl
Sonnab., nachm. 1,30 Uhr
Die Bajadere

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!
Frauenwelt
Eine Halbmonatsschrift
für die Frau
des schaffenden Volkes
Preis 35 Pf.
Zu bestellen
bei all. Zeitungsträgern

**Eine freudige
Überraschung.**

die wir auch in diesem Jahre
für unsere Kundenschaft vorbe-
reitet haben wird am
24. Januar vorm. 8 Uhr
unser
**Inventur
Verkauf**
zu Rekord-Preisen
Ein in den nächsten Tagen an
gleicher Stelle erscheinender Jah-
rezeit (passen Sie gut auf) wird ih-
nen beweisen, mit wie wenig
Geld Sie alle Ihre Wünsche er-
füllen können.

durch **BARASCH**

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir gefällige Bücher von
unserem reichem Wert erwerben!
Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5

Gasi Mustafa Kemal
**Zwischen
Europa
und Asien**
Neben Lenin, dem großen Revoluti-
onär, und Mussolini, dem nationalen
Diktator, steht ebenbürtig der Schöpfer
der neuen Türkei. Es ist die erste
authentische Biographie des türkisch-
Reformators **Gasi Mustafa Kemal**
Preis in Leinen
Reichsmark **10.00**
Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graupenstraße 5 :: Flurstraße 4/8
Friedrich-Wilhelm-Straße 105

Unerreicht billig
Ist die Ware zu meinen

Inventur-Ausverkaufspreisen!

Wozu mehr Worte! — Tatsachen beweisen! — Die sehen Sie bei Beginn des Ausverkaufes Freitag, 24. Januar, früh 9 Uhr!

Leibwäsche	Tisch- und Hauswäsche	Bettwäsche	Baumwollwaren
Damenhemd a. gut. Wäsch. mit Träger, Spitze oder Achtschub und Stiftochen. 1,50, 1,10 95	Küchenhandtücher gez. u. geb., dorb und Indanoh., 40, 20 18	Weiße Bettbezüge a. Kraft, Haut, fert. gen., 2 Klaz. 4.75	Linon für Bettwäsche, la Aussteuerware, 130 brt. 1,10, 80 brt. 58
Prinzebröck m. breit. Silk-Volant u. schön. Verz. 2,30 1.75	Gesichtshandtücher weiß, gute Qual., in schön. Must. auch in Halbleinen. 85, 75 58	Linonbezüge die bewährte Dettqualität, 1 glattes Klaz. u. 1 Klaz. m. schön. Einseit. 6.25	Wallis schwere, süddeutsche Qualität 130 breit 1,10, 80 breit 65
Damen-Nachthemd Schiffsform mit Kragen oder Geknöpfen. 2,50 1.80	Rolltücher gestreift. 1,60 95	Parade-Garnitur aus bestem süddeutsch. Linon, mit herrlich. med. Motiv. 8,50 7.50	Bett-Intell erstklassige, hochwertige Ware, garantiert echtfarb., 130 brt. 2,40, 80 brt. 1.40
Nachjaden a. ps. Filat richtige Passform mit Kragen 1.85	Tischdecken weiß, starke Gebrauchqual., für 6 Personen 2.75	Wallisbezüge m. 2 Klaz. gedieg. planzliche Qualität, in schön. Fantasieestr. 8,50, 8,75 7.50	Bettuch-Kreas ganz hervorragend, erprobt Qual., 130 brt. 1,25 98
Herr. Taghemden weiß aus Kraft. Wäschetuch und schön. Faltschen garniert, 2,30 1.90	Tafeltücher Echtesweidauer Damast 130/225 8,50, 130/198 4.50	Bunte Bezüge m. zwei Klaz., solide schone. Ware, 8,95 6.50	Frotteerhandtücher guter Kräuselstoff, schön. Dessins, 1,25, 85, 60. 38
Herr. Nachthemden m. bunt. Bärchen, garniert, 2,75 2.75	Künstler-Gardinen engl. Tüll, aparte Muster, 3teilig. 8,75, 4,50 2.25	Bett-Intelle fedordicht u. farbucht, fert. z. Gebir. 8,50 6.75	Badelaken bunt kariert und schön gemust. 2,50, 1,95 1.25
Herr-Prinzebröck richtige Passform 2.10	Schlüpfer la. Maße, in allen Größen und schön. soliden Farben 85	Kreas-Bettlaken bläuhw., g. Qual., 130, 200, 2,50 2.10	Hemdenlaken miltige Ware. 85. 49
	Charmeuse-Schlüpf. in erst. Farb., m. kl. Schönhelltehl. 1.75	Wischtücher Leinon, kariert und mit Schrift. 85, 45, 25 18	Wollene Kinderstrümpfe schwarz, alle Größen, Paar 60
	Damenstrümpfe wäsch. said., in allen Farb. sortiert. Paar 60	Taschentücher weiß und m. bunt. Kante od. Nohlsaum, 20, 20 12	
	Kavaliersoden glatt und gemustert, 4 Paar nur 1.00	Kamelaarsoden feste Strickart 80	

1/ Posten Bettwäsche aus Rosten gearbeitet rücksichtslos herabgesetzt. — Angeschmutzte Leibwäsche, Tischwäsche, einzelne Servietten, Trikotagen und diverse Reste staunend billig. — Achten Sie genau auf die Firma, damit Sie sich nicht irren!

Wäsche-Manneberg

Inhaber: **Lutz Manneberg**
im Hofe **Reuschestr. 47/48** im Hofe — Keine Schaufenster, aber sehr billige Preise!

Breslauer Nachrichten

Die Verkäuferin

Die Tage des geschäftlichen Hochbetriebs haben begonnen. Schaufensterdekorationen bereiten den Angriff auf Herz und Gemut des Publikums vor, danach beginnt das Trödeln der Inserate. Und nun sind wir mitten drin... Das hat mit harten Wochen zu rechnen. Sinter den Verkaufstischen stehen die schmalen, klaffen, stehzahn, achtzehn, neunzehnjährig, junge Menschen dem Lebenshunger und den Sehnsüchten der Jugend und die Leiter herauf und herunter, bedienen diesen und jenen, pathische und unsympathische --, das Geschäft kennt keine Müde. -- Zu jedem sind sie gleich freundlich und doch die Freundlichkeit dieser geduldigen Mädchen oft mißbraucht, einer mit schnarrender Stimme herauspoltert: „Zum zweiten, Fräulein! Sie bedienen aber langweilig! Macht mir wohl keinen Spaß, was? -- Wo ist denn hier der Geschäftsführer?!

Gebrauchsgraphik und Einzelhandel

Wasser Saal und oratorische Begabung sind nicht unbedingte Voraussetzungen des Erfolges bei Veranstaltungen, deren Thema es in Wirtschaft und kulturell-künstlerisches Leben greifen, wie das, das der „Einzelhandelsverband“ in Gemeinschaft mit dem „Bund Deutscher Gebrauchsgraphiker“ sich am Montag abgeleitet hatten. Der schwache Besuch und die mangelnde reiche Begabung des Vortragenden hätten daher dem Ganzen Abbruch tun brauchen, wenn der Inhalt des Vorgelegenen nur einigermaßen erträglich gewesen wäre. Leider kam das von dem „Referat“ des unter dem Künstlernamen bekannten Graphikers Erich Mucken wirklich nicht an. In zwanzig Minuten bekam man da einen Auszug aus dem Handwörterbuch, Stichwort „Gebrauchsgraphik“ vorgelesen, als eine, nicht einmal talentvolle Werbung des Bundes zur Rechte erwies. Natürlich konnte und sollte dieser Vortrag nicht sein; aber es war doch billigerweise zu erwarten, daß er nicht nur auf Inseratkomposition und Schaufenster, eine Übung zur Plagiatenerwertung und eine Empfehlung der per se gedachten, am Eingang gehaltenen kleinen Musterschau beschränkt würde. Ist es den Breslauer Gebrauchsgraphikern etwa bekannt, daß ihre Betätigung sich gemeinhin auch auf Plakat, Plakatausstattung u. a. erstreckt, daß hierin im wesentlichen ihre künstlerischen Entfaltungsmöglichkeiten liegen? Was nun aber von einem Künstler verlangt, der an die Spitze „Gedanken“ kann man hier wirklich nicht sagen, Ausnahmen den Satz stellt, maßgebend sei die Verkaufsfähigkeit, nicht die Kunst. Gemäß, in der kapitalistischen Wirtschaft der wirtschaftliche Nutzen in der Plakatfertigung besteht. Doch ein Künstler muß, wenn er hierüber spricht, eben Wege aufzeigen, die mit dem Wirtschaftszweck, mit der endlichen Kraft die Pflege des Geschäftes, der Form und des Inhalts vereinen. Er hat hier eine Kulturmission zu erfüllen, sich nicht nur als sachkundiger Sachberater für Inseraten zu empfehlen. Womit die Bedeutung des künstlerischen Zuspruchs hierbei keineswegs unterschätzt werden soll. Die in diesem Zusammenhang gezeigte Musterschau erweist das fehlende Niveau des Vortrages, warf ein erschütterndes Licht auf die künstlerische Entwicklung der Gebrauchsgraphik Schlesiens. Nur eine Plakatskizze von Kalina vereinigte die Klarheit und Präzision mit jener künstlerischen Eigenart, die eigentlich die Lebensberechtigung der Gebrauchsgraphik erweisen soll. Alles andere war im wesentlichen teils plakatmäßig, teils direkter Kitsch. Lediglich Sobanski pflegt eigenen, wirklich in sich geschlossenen und bildlich nicht wenn auch sehr ins Abstrakte gehenden Stil, der aber die reiche Verwendung zu wenig berücksichtigt. Wenn man diese Plakatschau sieht, begreift man, wie das Plakaturgewerbe in der sich in einem so unaufhaltsam scheinenden Niedergang befindet. Wir stehen in Breslau mit diesen Proben entgegen hinter manchem zurück, was man in den letzten Jahren den beiden slawischen Nachbarstaaten an wirklichen Können und feinstem Kunstempfinden in der Gebrauchsgraphik zu sehen hat, von der Entwicklung im Reiche gar nicht zu reden. Das reiche Interesse des Publikums, nicht nur der Einzelhändler, sondern auch die Ursache dieses kulturellen Stillstandes und schließlich, daß künstlerisch schöpferische Menschen nach Möglichkeit dem Zuge nach dem Westen folgen.

Frauenveranstaltung im Nikolaitor

Die „Roten Blusen“ führen „Kasserbisen“ auf In einer außerordentlich gut besuchten Frauenversammlung der Abteilung Nikolaitor im Zentral-Ballsaal, der die „Roten Blusen“ mitwirkten, hielt auch Genosse Kasper am Montagabend eine kurze Ansprache. Er schilderte die Auswirkungen des bürgerlichen Wahlsieges an Hand kommunistischer Tagesfragen. Die Gewerkschaften und Wohlfahrtszentren sind erimalig dem Sieg mit der Verweigerung der ihnen in den letzten Jahren immer zugestandenen Hilfsmagnahmen zu spüren gekommen. Genosse Kasper schloß mit der Aufforderung, über „Ergründungen“ für die Arbeiterklasse durch die Wahlen am 27. November besonders in den Kreisen der werktätigen Frauen zu sprechen und aufzuzeigen, wohin der Reiterweg führt. Im übrigen bestritt die Spielergruppe der Arbeiterjugend (die „Roten Blusen“) mit der Aufforderung ihrer neuesten Revue „Kasserbisen“ das Programm abends. Die Gruppe, die schon oft ihr Talent bewiesen hat, ist vom gefänglichen Teil, dem sie, wie sie selbst wissen nicht voll gerechtfertigt wird und es deshalb zu wünschen wäre, daß einmal ein tüchtiger Lehrer hinaufgefunden würde, enttäuschte diesmal nicht. Das politische Wetterhäuschen, als solches treffend das Zentrum gezeigt, die Parade der letzten Revue, ein Bild mit Willimus dem Enthroneten, der sich ans Werk setzt, die Epitaph für den Breslauer Kirchenmann Schuster, und das Wirken der Arbeiter-Kinderfreunde angetan hat, der

Song auf Eugenberg den Nachfolger Hermann des Cherusters, das Tempo der Massenlust, deren Angehörige erst nachsehen müssen, wie die Reichsarbeiten aussehen und zum Schluß von Märchen vom Stiefelputzer, gab es Szenen, in denen sich herzzerreißender Humor mit trauriger Wahrheit vereinte. Eine etwas vorübergehende Szene war allerdings die „Selbstkritik“, die man an sich über kann und soll. Garnichts zu sagen, wenn einzelne Sachen aus der Kommunalrevue der Partei mit glänzender Mimik verübt werden. Aber wenn man auch das Verwenden bekannter Schlagertexte, das Berücksichtigen bürgerlich-künstlerischer Sentimentsbedürfnisses anprangert, was man als Kritik gelten lassen kann, dann darf man sich zumindest nicht selbst eine sehr bekannte Melodie ausleihen und singen: „Im Wahlkampf steigt man nicht mit tausend süßen Weinen, die Politik darf man mit Tanz nicht einen!“ Daß etwa die Wahlszene Schuld war an dem Stimmverlust, das glauben hoffentlich die „Kasserbisen“-Verfasser selber nicht. Daß das ernst-heitere Spiel den Beifall der versammelten Frauen fand, braucht nicht besonders betont zu werden.

Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr: Sitzung des erweiterten Parteivorstandes im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses.

Republikanischer Abend des Reichsbanners

Der Ortsverein Breslau des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ veranstaltet in jedem Jahre zwei republikanische Abende. Der erste Abend in diesem Jahre fand am Sonnabend bei Bräuer, Gabisstraße, statt. Nach einigen Konzertsätzen kam das Variétéprogramm zur Ausführung, das der bekannte Vortragskünstler Willy Arnsfeld in seiner humorvollen Art und Weise einleitete. Ihm folgte La Larso (vom Lieblich-Theater) mit seinen telepathischen Experimenten. Willy Arnsfeld und Lotte Licht spielten mit viel Larne den Steifisch: „Der verliebte Hausdiener“. Es folgte dann „Der Mann mit der Nase“, genannt der Präsentkönig, der durch seinen Zauberakt und die Verteilung von Geschenken die Zuhörer erfreute. Alles Beteiligten wurde für ihre Leistungen reichlich Beifall gesendet. Nach Abschluß des Variétéprogramms folgte dann noch Unterhaltung durch Tanz u. u., so daß ein jeder auf seine Rechnung kam. Der gelungene Abend mahnte alle Republikaner: Sonntag, 20. Januar, im großen Saale des Gewerkschaftshauses zum „Zweiten republikanischen Abend“ zu erscheinen. Folgt kommen neues Variétéprogramm. Anfang 17 Uhr.

Aus Breslau

Wenn die „Rote Frauenhilfe“ demonstriert

Am 21. Juli vorigen Jahres veranstaltete die „Rote Frauenhilfe“ einen Demonstrationstag vom „Schlechwerder“ nach dem Neumarkt. In dem Zuge marschierten außer Frauen und Kindern auch Männer, denn sonst hätte er kaum den Eindruck eines Demonstrationstages gemacht. Trotz der geringen Beteiligung verlangte man, daß die Straßenbahn halten sollte. Da diese aber bei viel gewaltigeren Umzügen immer verfährt, vorwärts zu kommen, fuhr auch hier der Führer immer wieder an. Das verlegte einige in die größte Wut. Es wurde dem Straßenbahnführer, der ja ebenso zu den arbeitenden Klassen gehört, wie die Demonstranten selbst, die schönen Worte zugerufen: „Du Verge, wenn wir marschieren, hast du zu halten!“ Schließlich sprangen drei Demonstrationsteilnehmer auf die Straßenbahn und verletzten den Führer zu zwingen, daß er anhalte. Jetzt konnte die Polizei nicht mehr untätig zusehen. Sie mußte für Ordnung sorgen und nun kam es zu den üblichen Krawallen, die durch Verhörungen im Moment heraufbeschworen, allerschlimmste Folgen haben können. Gerade bei dieser Demonstration hätten die Folgen besonders böse sein können, weil ja doch der Zug besonders aus Frauen und Kindern bestand. Ueber das, was sich nun abgespielt hatte, gehen die Aussagen der Beteiligten erheblich auseinander. Die Polizeibeamten, die ihre Pflicht taten, indem sie dem Straßenbahnzug zur Weiterfahrt verhelfen wollten, befanden, daß die Kommunisten sofort über sie hergefallen seien und sie mit Fahnenstangen und Transparenten geschlagen und auch beschimpft worden seien. Die Teilnehmer des Demonstrationstages dagegen behaupten, daß die Polizeibeamten sofort mit Gummiknüppeln über sie hergefallen seien. In diesem Prozeß wurden sehr schwere Vorwürfe gegen einzelne Beamte erhoben, die, da deren Namen bekannt sind, nachgeprüft werden können.

Im übrigen nahm der Prozeß einen nicht alltäglichen Verlauf. Hervorgehoben durch einen Mangel an Sälen, mußte dieser Prozeß der Kommunisten in einen kleineren Saal verlegt werden. Da sie wohl nicht die Ursache hierfür kannten, fühlten sie sich persönlich provoziert und verlangten Vertagung. Vor allem wollten sie sich, in den Saal hineinzukommen, um so eine Verhandlung unmöglich zu machen. Sie hatten aber wohl ganz übersehen, daß dem Gericht Mittel und Wege zur Verfügung standen, sie mit Gewalt an Ort und Stelle zu befördern, zumal sie sich ja vor dem Verhandlungssaal aufhielten. Das hätten sie auch voraussehen können, und das Gericht beschloß dann auch ihre Vertagung, die auf der Stelle erfolgte. So hatte man nun wieder den großen Tumult. Die vielen Zuhörer, die mitgenommen waren, wurden erregt und tobten, als man aus ihrer Mitte heraus die sechs Angeklagten verhaftete und in den Saal hineinführte. Die Angeklagten wehrten sich, die Beamten hatten den Auftrag, sie vorzuführen und so gab es wieder viele harte Worte und viele Stöße und Prüge. Schließlich wurden die Gerichtsordner gefaßt und nur so viel in den Zuhörerraum gelassen, wie Platz hatten. Und nun endlich konnte die Verhandlung beginnen.

Die Anklage richtete sich gegen vier Arbeiter, ferner gegen den Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Thomas, denen schwerer Aufruhr zur Last gelegt wurde. Mitangeklagt war auch der Stadtverordnete Jylla. Er soll den Beamten „Schweinehunde“ und so weiter zugerufen haben, was er entschieden bestreitet. Die Beamten behaupten dies aber. Deshalb wurde er wegen öffentlicher Beleidigung zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Zwölf Polizeibeamte belasteten mehr oder weniger die Angeklagten. Danach ist als erwiesen anzunehmen, daß der Arbeiter Schäffel auf einen Polizeiwachmeister mit der Fahnenstange eingeschlagen hat; er wurde wegen schweren Aufruhrs und gefährlicher Körperverletzung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Der Arbeiter Mikha befand sich ebenfalls unter verheßlichen Menge, er erhielt sechs Monate Gefängnis. Thomas und zwei weitere Angeklagte wurde freigesprochen. Die Urteilsbegünstigung wurde in dem überfüllten Zuhörerraum durch allerlei Zwischenrufe gestört.

Teufel Alkohol

Zwei chronische Trinker, die sich jetzt im vorgerückten Alter auch kaum noch dieses Laßers abgewöhnen werden, standen vor dem einfachen Schöffengericht, um sich wieder einmal wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch zu verantworten. Inmitten lang ist das Strafregister der beiden. Der 54 Jahre alte Zimmerer August Morawe ist 30mal, der 61 Jahre alte Arbeiter Oskar

Eine Wette die das Leben kostete

„Der Mann können sich an mein Genick hängen!“ Der 32jährige Schiffer Paul Grabsch hatte mit einigen Bekannten eine Wette abgeschlossen, daß sich vier Personen an sein Genick hängen könnten und er diese Last aushalten würde. Als gestern nachmittag die Wette in einem Lokal in Maffelwitz ausgetragen werden sollte, überkam Grabsch beim Experimentieren ein Unwohlsein. Schließlich mußte er in das Allerschlechten-Hospital geschafft werden, wo er heute morgen gestorben ist. Anscheinend ist er bei dem Versuch, die Wette durchzuführen, innerlich schwer verletzt worden.

Gewerkschaftshaus-Vorspiele

„Der Kampf der Tertia“ heißt der eine Film des Wochenprogramms und zeigt uns eine Schillerrepublik. Als Kontrast steht im Hintergrunde eine traditionelle Lehrauffahrt. Als Zeit ist die Gegenwart, als Schauplatz eine Insel am Rattenmeer gewählt. Jede Klasse bildet einen kleinen Staat. Der freieste und wo es am wildesten zugeht, ist der der Tertianer. Dreißig Jungengesichter sind vom Objekt eingezogen. Diese ungewohnten Kerle haben noch nie vor einem Filmapparat gestanden. Die Akteure haben frohe, beglückende Lebendigkeit beim Spielen, Laufen und Springen eingebracht. Die Jungens wandern übers Rattenmeer; sie ziehen nachts ins Städtchen, um lausbubenhaft für die Freiheit der Raken zu demonstrieren. Die Bürschchen wählen ihren Häuptling, den Klassenobmann. Sie halten Gericht mit von ihnen ernannten Richtern über ihre eigenen geahndeten Verfehlungen. Ihre Lehrer sind Kanaraden, keine Verdanten; sie leben mit und unter den Jungens, achten deren Gehehe. Der Film wirkt für freie Schulgemeinden und wird bei fast jedem Breslauer Beifall finden.

Zwei Wagabunden, die auch mit Hilfe der freiesten Schulgemeinde nicht der Mittelwelt angepaßt werden können, sind im zweiten Film zu Gast. Die beiden nordischen Spagnumer-Originals, bekannt als Leuchturm mit Weinagen, versehen es auch in diesem Film, mit ihren Erlebnissen, ein zum Lachen reizender Klamauk, wahre Lachstürme zu entfesseln. Die beiden Humoristen haben sich wohl schon in jedem Beruf betätigt, wenigstens im Film, aber immer wieder staunt das große und kleine Publikum über die natürliche Urawichtigkeit, wenn die beiden wiederum irgend eine andere Arbeit gefunden haben.

Das Programm ist in dieser Woche auch für unsere jugendlichen Besucher von der Filmzensur freigegeben. Die Eintrittspreise sind wie immer äußerst niedrig und sind für Kinder, Kleinrentner, Erwerbslose für den Einheitsplatz nur 25 Pf., Inhaber der Teufelkerlestarke zahlen 30 Pf., Unorganisierte 70 Pf.

Wie jener ist 30mal vorbeirast

Wie jener ist 30mal vorbeirast. Selbstverständlich sind die meisten Straftaten kleine Verbrechen, wie Obdachlosigkeit und Bettelerei, aber häufig handelte es sich auch um Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung, alles Delikte, die sie immer in der Trunkenheit begangen haben. Beide sind natürlich schon lange arbeitslos, denn welcher Arbeitgeber wird Leute beschäftigen, die ständig betrunken sind? Trotzdem wissen sie sich zu helfen und können immer noch so viel Geld aufbringen, daß sie sich täglich ihren geliebten Schnaps kaufen können. Schon am frühen Morgen, wenn sie ins Arbeitsamt kommen, sind sie betrunken. Sie sind dann zu Jedermann rabiat, machen viel Kabaal, und in letzter Zeit bringt sich Morawe sogar seine Trompete mit und bläst dann dort tüchtig hinein. Am 15. Mai v. J. trieben sie es wieder besonders arg. Sie kamen wieder angetrunken an, schimpften und bedrohten die Arbeitsvermittler. Wiesner verlangte Gartenarbeit und da ihm solche nicht nachgewiesen werden konnte, beschimpfte er die Arbeitsvermittler. Dem einen erklärte er: „Es ist die höchste Zeit, daß ich dich ein aufpoltere.“ Er drang in den Raum für Arbeitgeber ein und ehe Polizei zur Ruhestellung herbeigeholt werden konnte, schlug Morawe auch noch eine Scheibe ein. Auf Grund dieses Gefalles wurde dem Morawe die Unterbringung vier Wochen lang gepeert, doch wegen Sachbeschädigung, Hausfriedensbruch war Strafantrag gestellt worden. Mit Recht hatten die Arbeitsvermittler auf eine Strafanzeige wegen Beleidigung verzichtet, denn Leute in solchem Zustande können bestimmt niemanden beleidigen. Das Gericht berücksichtigte die erhebliche Minderwertigkeit der Angeklagten, hervorgerufen durch ihre Trunksucht, und verurteilte Morawe zu zwei Monaten, Wiesner zu zwei Wochen Gefängnis.

Nach neun Jahren rückfällig

Seit dem Jahre 1920 hat sich die jetzt 47 Jahre alte Hausangestellte Elisabeth Jochke einwandfrei geführt. In ihren Jugendjahren hat sie harte Vorstrafen erlitten; unter den acht Vorstrafen befindet sich auch eine solche von drei Jahren Zuchthaus, auch wurde sie unter Polizeiaufsicht gestellt. Ihre letzte Strafe war ein Jahr drei Monate Gefängnis. Doch seit dem Jahre 1920 hat sie keine Strafen mehr erlitten. Am 18. September vorigen Jahres wurde sie aber wieder verhaftet, weil sie sich eine Reihe von Betrügereien und Diebstählen hatte zuschulden kommen lassen. Die letzten beiden Jahre war sie in Breslau in einer Stellung als Hausangestellte tätig, war fleißig und ordentlich und der Arbeitgeber war sehr mit ihr zufrieden. Da erhielt er aber im Juli vorigen Jahres von seinem Mitklienten eine Rechnung über 135 Mark für Waren, für die der Jochke immer das Geld ausgehändigt worden war. Zur Rede gestellt erklärte sie, daß sie alles bezahlen werde. Doch am nächsten Tage verschwand sie plötzlich, nachdem sie noch aus dem Schreibstisch 220 Mark mitgenommen hatte. Nun war sie wieder aus ihrer geregelten Bahn geworfen und verfiel nun wieder in ihr altes Lafter. Täglich ging sie jetzt nach Ostwik spazieren. Hier freundete sie sich mit Frauen an, die sie dann bald zu einem Besuch einluden und um solche Besuche war es ihr ja zu tun. Hier fand sie dann immer Gelegenheit zum Stehlen. Leute, die auch nicht mehr hatten, wie sie selbst, nahm sie kleine Beträge weg, wobei sie in raffiniertester Weise vorging. Auch die Bekanntschaft einer fleißigen Rentnerempfängerin hatte sie gemacht und dieser betrat sie einen Portemonnaie mit 125 Mark gestohlen. Eine Frau, bei der sie sich eingequartiert hatte, stahl sie fünf Mark. Bei ihrer bekannten Familie sorgte sie sich einen Regenschirm, den sie verkaufen wollte. Als ihr dies nicht gelang, warf sie ihn in einen Schrebergarten. Jetzt hatte sie sich vor dem erweiterten Schöffengericht wegen Diebstahls und Betruges im Rückfalle zu verantworten. Um sie nicht wieder ins Zuchthaus zu schicken, wurde strafmildernd berücksichtigt, daß sie in den letzten neun Jahren nicht bestraft wurde. Das Gericht erkannte deshalb auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Auf diese Strafe wird ihr die Untersuchungshaft angerechnet.

Spyonage

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte der Erste Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau gegen den Kaufmann Hans Kretowitz aus Königsbrunn, dem Spionage zur Last gelegt wurde. Bevor der Angeklagte verurteilt war, beantragte der Staatsanwalt, die Öffentlichkeit auszuschließen. Das Urteil gegen K. der polnischer Staatsangehöriger ist lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

Schulungskursus des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt

In dem ansprechenden Jugendhof Haslitz bei Glas hielt der Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt in Niederschlesien vom 17. Januar einen Schulungskursus für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Arbeiterwohlfahrt aus Städten und Gemeinden der Provinz ab. Etwa 35 Genossinnen und Genossen — erstere stark in der Mehrzahl — hatten sich zusammengefunden um sich die theoretischen Grundlagen für ihre praktische Arbeit zu holen und die gegenseitigen Erfahrungen und Schwierigkeiten auszutauschen.

Der Tag begann mit einer halben Stunde Morgengymnastik, eine Genossin aus Waldenburg erteilte. Nach einem kurzen Vortragsabend waren die Vormittage erster Arbeit gewidmet, die schrittweise Beschäftigungen, gemüthlichem Beisammensein und den Arbeitsgemeinschaften. Denn nicht nur der Vermittlung von Wissenstoffes dürfen derartige Kurse dienen. Für so nahe Arbeiterfrau sind sie die einzigen Besinnungstage in dem arbeitsreichen Dasein, die einzige Möglichkeit seelischer und geistiger Erholung; wir trauern nur immer wieder, mit welcher Unfähigkeit und welchem Interesse die einfache ungeschulte Arbeiterfrau oft den Anregungen des Kurzes folgt. — Wir freuen uns immer wieder aufs neue, welche Opferwilligkeit und welche Hilfsbereitschaft in so manchen unserer Frauen stecken die Haushalt und Arbeit vorbringen, gar nicht selten daneben noch diese oder jene Nebenarbeit leisten und trotzdem Zeit und Kraft noch für andere Taten.

Die ersten drei Tage waren der Besprechung der gesetzlichen Grundlagen des Fürsorgewesens — der Fürsorgepflichtverordnung und der Reichsgrundzüge über die Fürsorge, Art und Maß der Fürsorge gewidmet. Als Referentin für dieses Thema war die Schreiberin dieser Zeilen gern im Ruf des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt in Berlin tätig; sie ist sich doch getraut in einem solchen Kursus die beste Gelegenheit, die Verhältnisse im Osten und Westen des Reiches in der Wohlfahrtspflege zu vergleichen. Der an sich trockene Wissensstoff wurde in Form der Arbeitsgemeinschaften mit praktischen Spielen gewürzt vermittelt. Die Genossen und Genossinnen erregten sich aufs lebhafteste und packten viele Sorgen und Wünsche aus. Fast überall hörten wir von harten Kämpfen der Arbeiterwohlfahrt um ihre Anerkennung neben den Charitativverbänden und dem väterländlichen Frauenverein — die junge Generation stößt auch vielfach noch in den eigenen Reihen der Partei auf lebhaftesten Widerstand.

Sehr lehrreich, was eine Stadtverordnete aus einer kleinen Stadt Mittelschlesiens über ihre Kämpfe und Erfahrungen auf dem Gebiet erzählte. Der Austausch der Erfahrungen über die praktische Wohlfahrtspflege der Städte, Gemeinden und des Kreises selbst zeigte große Verschiedenheiten. In einigen Gemeinden und auch Städten sind die Unterhaltungsbeiträge noch so niedrig — 22 Mark oder weniger für ein Ehepaar im Monat sind keine Seltenheit — daß sie das bescheidenste Lebensniveau nicht erreichen, in anderen, besonders dort, wo unsere Genossen etwas zu sagen haben, ist es besser. Auch der Abbau der Kreis- oder Gemeindefürsorge ist anzutreffen — eine falsche Sparmaßnahme, die aber geschulte freiwillige Mitarbeit unso notwendig macht. Im allgemeinen zeigt sich im Osten noch stärker als im Westen der Gegensatz der wohlfahrtspflegerischen Einrichtungen in größeren Städten und auf dem Lande, wo sie allenthalben noch stark ausbaubedürftig sind.

Dies trat auch in dem Referat von Genossin Anders-Lange über „Kleinkinderfürsorge und Hort“ in der Provinz zu Tage. Es mangelt überall auf dem Lande an derartigen Einrichtungen. Genossin Anders-Lange wies es als Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt auf, Bewahrschulen für Kleinkinder und Schulkinder dort mit einfachsten Mitteln zu schaffen, wo es von Seiten der Gemeinde nicht möglich ist. Zur Schulung der tüchtiger Kräfte läuft augenblicklich ein erster Kursus in der Provinz.

Am letzten Tage des Kurzes hielt Genosse Landesrat Tischler in Breslau ein Referat über die Organisation der Provinzialverwaltung und ihre Aufgaben in der Wohlfahrtspflege. Genosse Kreisarzt Dr. Brieger-Prottau entwickelte ein Programm neuerzeitlicher Gesundheitsfürsorge für das Land. An einem Nachmittag wurden ferner die Wohlfahrtsvereinigungen der Stadt Haslitz, Warmehalle, Säuglingsheim und Waisenhaus — die beiden älteren charitativ Einrichtungen — besichtigt. Hervorzuheben ist — dank der Tatkraft einer Glascher Genossin — entstandene Arbeitstube der Arbeiterwohlfahrt Haslitz, die hoffentlich zu manchen Nachahmungen anregt.

Die Schwierigkeiten mit denen unsere Genossen und Genossinnen in Schlesien zu kämpfen haben, sind groß. Trotzdem wird dort, wo Mut und Tatkraft nicht fehlen, manches erreicht werden können. Anzusprechen zu früherer Zeit ist der Zweck dieser Kurse.
Dr. Hanna Hellinger-Grantsfurt a. M.

Deutschnationale Aufreueung

Parlamentarische Anfrage über das Besoldungsdienstalter des Genossen Wende-Waldenburg

Der deutschnationale Abgeordnete Marx hat folgende geradewegige Haslitzche Anfrage im Preussischen Landtage eingebracht:

Dem aus der Gewerkschaftslaufbahn vor einiger Zeit in den Staatsdienst übernommenen Polizeipräsidenten Wende in Waldenburg, früher in Elbina, sollen bei seiner ersten Einstellung 50 Jahre seiner früheren Tätigkeit auf das Besoldungsdienstalter angerechnet werden sein.

Das Staatsministerium wird gefragt: 1. Ist eine solche Anrechnung früherer Tätigkeit beim Polizeipräsidenten tatsächlich erfolgt? 2. Wenn ja, steht das Staatsministerium bei einem Anrechnungsbetrag von 6200 bzw. 8400 Mark ohne Wohnungsgeld für den in die Beamtenlaufbahn gekommenen Ruhegehalt (1) eine Anrechnung vorliegend an die gleich bei der ersten Einstellung durch die Gewährung von fünf Gehaltsstufen ausgleichend werden muß? 3. Ist bisher auch bei ähnlichen Verhältnissen bei der Übernahme in hohe Staatsämter so verfahren worden und bei welcher? 4. Hat das Staatsministerium irgendwelche Richtlinien herausgegeben, wonach das Gehalt bei der Einstellung in solchen Fällen nicht unter einer bestimmten Grenze liegen darf und wie hoch? 5. Geht es allenfalls diese Grenze, wenn bei einem Anfangsgehalt von 6000 bzw. 8400 Mark gleich zehn Jahre auf das Besoldungsdienstalter angerechnet würde? 6. Wie hoch beläuft sich der Betrag der Anrechnung oder ähnliche Anrechnungen bei der Einstellung politischer Beamte bis Ende 1929 vorausgesetzt werden ist? 7. Welche Bestimmungen des Besoldungsgesetzes bedürfen solche Maßnahmen? 8. Geben Sie das Staatsministerium bei der Beantwortung der

Ausführungsbestimmungen zum Besoldungsgesetz zum Ausgleich von Härten auch den übrigen Beamten, insbesondere den unteren und mittleren gegenüber, so wohlwollend zu verfahren bzw. aus welchem Grunde nicht?

Diese Anfrage ist typisch für die deutschnationale Einstellung zur Demokratisierung der Verwaltung. Wenn konservative Klitschenbesitzer neben ihren nicht unbeträchtlichen Privateinkünften die Sinecuren des Staates im alten Preußen gründlich nuktien, so war das in bester Ordnung, wenn die Offiziere der alten Armee, Putzmeister und andere Leute, die dem demokratischen Staat feindlich gegenüberstehen, von diesem ohne jede Gegenleistung erhebliche Beträge einstreichen, so ist das in bester Ordnung, wenn die Abkündigungen für das Recht der ersten Nacht oder sonstiger aus der Raubritterzeit stammender „Privilegien“ dem republikanischen Staat auferlegt werden, so ist das natürlich erst recht in bester Ordnung.

Wenn aber ein Mann, der seit Jahrzehnten im öffentlichen Leben steht und auf Grund seiner Befähigung in ein leitendes Amt des Staates übernommen wird, so soll er hinter denen zurückstehen, die an sich die Beamtenlaufbahn ergriffen und infolge angedienter Dienstjahre in der Gehaltskala höherer Rängen — — — sofern er Sozialdemokrat ist. Das ist der Sinn dieses blödsinnigen und von jenem iden persönlichen Ressentiment, das wir ja in ähnlicher Weise aus dem Kreise Kimpisch in noch früherer Erinnerung haben, erfüllten deutschnationalen Kampfes gegen sozialdemokratische „Außenleiter“, dem allerdings noch weniger Erfolg beschieden sein wird, wie die kindlich-dumme Spielerei des Sugenbergbegehrens.

Vom Mittelschlesischen Landkreistag

44 Prozent des kreiseigenen Obstbaumbestandes vernichtet

Am 15. Januar fand in Breslau eine Mitgliederversammlung des Mittelschlesischen Landkreistages statt, über die der offizielle Bericht — die Tagungen finden stets unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt — folgendes befragt: Eingangs wurde durch den Vorsitzenden über den in dem strengen Winter 1928/29 bei den Obstbäumen an den Kreisstraßen verursachten Schaden auf Grund einer Feststellung bei sämtlichen Landkreisen des Regierungsbezirks Breslau folgendes bekanntgegeben: Durch den Winter wurden an den Kreis- und Durchgangsstraßen 215.304 Obstbäume vernichtet, das sind 44 Prozent des gesamten Obstbaumbestandes. Der Einnahmehausfall an Obstpacht beträgt jährlich 491.000 Mark. Die Kosten der Neupflanzung abzüglich des Erlöses aus dem Verkauf der vernichteten Obstbäume verursachten eine Ausgabe von 1.869.214 Mark, deren Verzinsung und Tilgung jährlich die Summe von 214.272 Mark erfordert. Der Reihbetrag beträgt sonach jährlich 709.272 Mark, der künftig durch erhöhte Steuern gedeckt werden muß. Der Erlag der ausfallenden Beträge bedeutet, da ganz überwiegend Verluste auf den Kreisstraßen in Frage kommen, eine sehr schwere finanzielle Belastung der Landkreise des Regierungsbezirks. In einzelnen Kreisen betragen der Ausfall an Obstpacht und die Kosten für Verzinsung und Tilgung

Schlafzimmer

18 br., gestimmte Birle, geparkt, neu, umständehalber für 700.— zu verkaufen. Off. u. 16 Gr. a. d. Volkswirtschaftshandlung, Breslau, Neue Graupenstr. 5.

Trainings-

Anzüge 0,50, 4,75 u. verlauf. G. Friedländer, Sonnenstr. 30

Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher
Der proletarische Kosmos
zu beziehen durch die Geschäftsstelle 6. Zeitung u. die Zeitungsdrucker.

Abbitte. Die der Frau Anna Urbanaki, Schlegelwerbestr. 69, am 15. 1. 1930 angebotene Beleidigung nehme ich nach Abschluß dem Vergleich zu rück u. letzte Abbitte Paul Mischke, Schlegelwerbestr. 69.

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2
Florastraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druckarbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung

Spezialität: Massenaufgaben (Kloßendruck)

des zur Neupflanzung auf umzuwenden Kapitals bis zu 25 Prozent des Kreis-Einkommens.

Um den finanziell bei der heutigen Lage der Landwirtschaft so schwer betroffenen Landwirten den Aufbau der Obstbaumwirtschaft an den Kreisstraßen wieder zu ermöglichen, soll an die Preussische Staatsregierung wegen Gewährung eines Zuschusses unter Vorlegung einer Denkschrift herangezogen werden.

Das „tektonische“ Beben auf Grube Heinitz

Amlich wird über die Ergebnisse der Sitzung des Unfall- und Gebirgschlagauschusses im Verein mit einem Vertreter der Landes-Erdbodenwarte in Katibor zur Untersuchung des furchtbaren Unglücks auf Grube Heinitz u. a. folgendes verlautbart:

Die Ursache der Unfälle wurde in einem Gebirgschlag festgestellt. Wodurch diese ausgelöst wurde, ob durch tektonische Bewegungen oder durch Folgen des Abbaues ließ sich zurzeit nicht mit Sicherheit beurteilen. Die Prüfung dieser Frage von allgemeinen Gesichtspunkten aus ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird weiter verfolgt, um zu einem abschließenden Ergebnis kommen zu können. Zur Vermeidung derartigen Unfälle, die sich nach den bisherigen Beobachtungen überwiegend in Hettfeldern ereignet haben, sind weitgehende Untersuchungen darüber im Gange, ob sich gegebenenfalls durch anderweitige geeignete Abbaumethoden Abhilfe schaffen läßt. Nach Abschluß der Untersuchungen sind behördliche Maßnahmen in Aussicht genommen, die soweit als irgendmöglich derartige Unfälle wesentlich zu beschränken geeignet erscheinen. Nach den amtlichen Untersuchungen und Verhandlungen sind als Ursache des Unfalls Mängel des Betriebes oder Nichtbeachtung bergpolizeilicher Vorschriften nicht festgestellt worden.

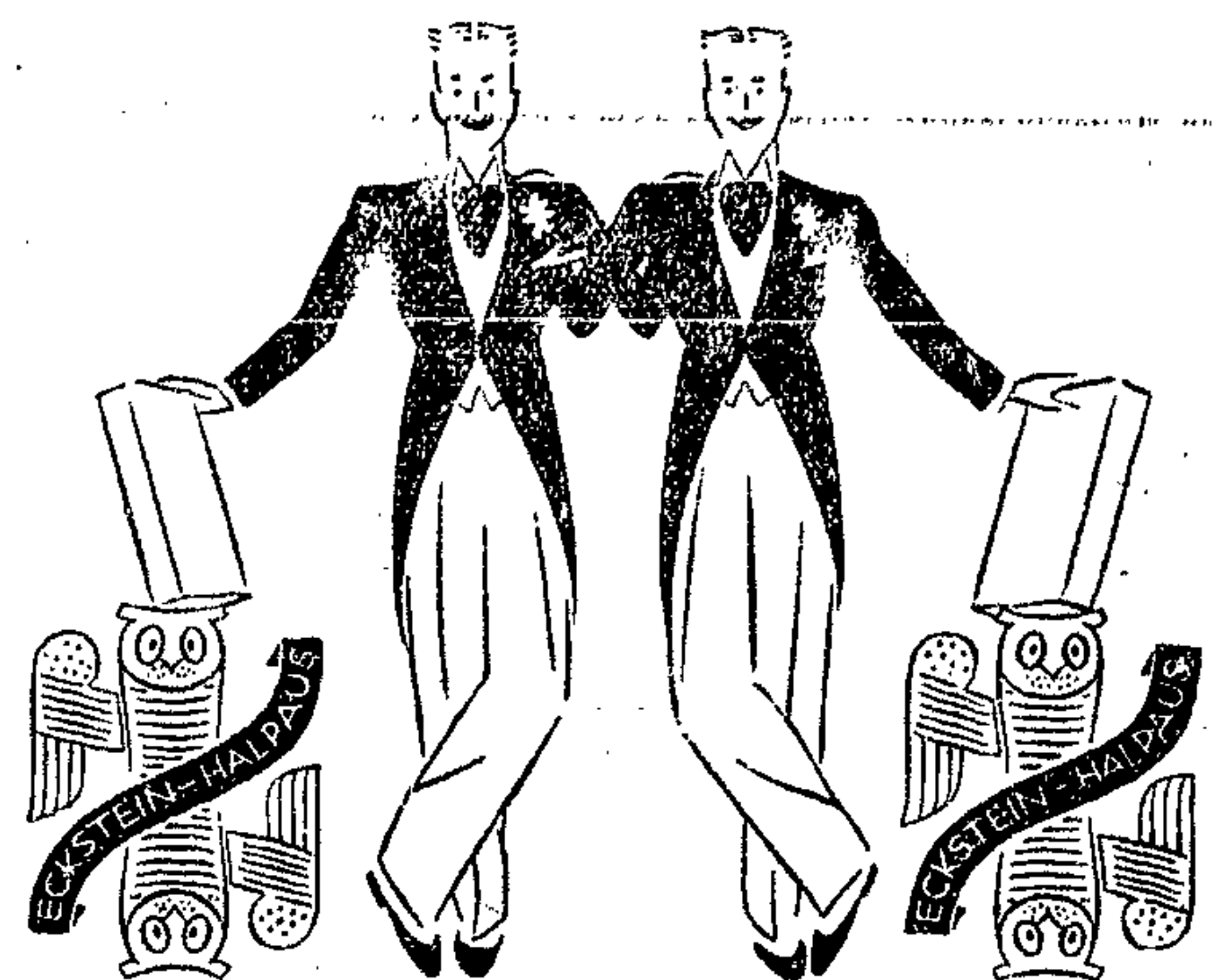
Buchwitz und das Treppengeländer

Die sogenannte „Arbeiter-Zeitung“ brachte im September einen Bericht, in dem u. a. zu lesen war, daß Genosse Buchwitz-Görlich, in einer — von den Kommunisten geprägten — Versammlung des Ortsartells der freien Gewerkschaften Görlich eine opponierende Kriegsbekämpfenden mit einem Stück Treppengeländer niedergerichtet hätte. Der Urheber und Verbreiter dieser Verleumdung war der Kommunist v. Rhein in Görlich. Genosse Buchwitz stellte, um die Sache zu klären, Strafantrag gegen ihn. Doch im Eilverfahren schenkte der Kommunist frech, den Wahrheitsbeweis erbringen zu können. In der Gerichtsverhandlung am vergangenen Sonntag aber behaupteten fünf Zeugen, die in jener Versammlung nicht an der Bühne gesessen hätten, daß die Behauptung des v. Rhein glatt erlogen und aus der Luft gegriffen ist. v. Rhein nahm daraufhin seine Behauptung zurück und wehmütig unter Übernahme aller Kosten zurück. — Ob die „Arbeiter-Zeitung“ von diesem Prozeß berichtet wird?

Fettnad in OS.

Gleiwitz will sich an der kommunalen Gruppengasversorgung beteiligen

Zwischen den Städten Hindenburg und Beuthen in OS wurde zum Zwecke der gemeinsamen Gasversorgung bekanntlich ein Verhandlungsgaswerk gegründet. Beide Städte sind bisher in der gemeinsamen Versorgung vom Hindenburgwerk aus sehr gut gefahren. Die Stadt Gleiwitz, die unter unzulänglicher Gasversorgung leidet, hat im Vorjahre beschlossen, die eigenen Anlagen zu erweitern und im Bedarfsfalle Zuschuß aus von der Industrie, der Roterei der Gleiwitzer Grube, zu beziehen. Dieser Beschluß soll nunmehr umgehend werden. Es haben, wie wir hören, zwischen dem Verhandlungsgaswerk und der Stadt Gleiwitz erneute ausfruchtvolle Besprechungen über einen Anschluß der Stadt Gleiwitz an das Hindenburgwerk stattgefunden.



Wenn zwei sich vereinen, freut sich der Dritte

Da stehen wir Schulter an Schulter — einst zwei Firmen — jetzt ein Name — und wer freut sich darüber.. die Raucher unserer Ulmenried und Rarität. Denn es will schon etwas heißen, wenn zwei Firmen ihre Erfahrungen und ihr Können zusammentrugen, um das gute Alte zu etwas noch besserem Neuen zu gestalten.

„Eckstein-Halpaus“ ist unser Name
„Die Doppeleneule“ unser Wahrzeichen

ULMENRIED 5 PFG.

RARITÄT 4 PFG.

sind unsere Marken.

Notweg bezahlt lieber Ordnungsstrafe

Kottwitzer Gemeindevertretung aufgelöst
 Wie uns ein wenig verspätet gemeldet wird, ist die Gemeindevertretung in Kottwitz, in der die Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen vor sich gehen sollte, aufgelöst. Notweg, der „Mussolini“ von Kottwitz, wollte einen Gemeindevorteiler, der noch nicht verpflichtet war, mitwählen lassen bzw. während der Sitzung verpflichten, wogegen die Mehrheit der Vertreter aber protestierten. Daraufhin erklärte N.: er lasse nicht wählen, lieber bezahle er eine Ordnungsstrafe. Nun ist die nächste Sitzung auf kommenden Freitag angesetzt worden.

Wenn ein Warrer das Dichten anfängt

„Wer die Arbeit hat erfunden, hat aus Stempeln nicht gedacht!“
 Es gibt mitunter, leider nicht selten, recht merkwürdige Dichter der christlichen Lehre. Zu ihnen gehört auch der Warrer Prager aus Jäschowitz, der sich als besonders kompetent in Arbeitslosenfragen ansieht und dieser Tage beim Gottesdienst in Schölkau das Beispiel vom 12jährigen Jesus im Tempel erzählte. Dem gegenüber stellte er das heutige Familienleben. Nach ihm galt zu h e r das Wort „W e i t e u n d a r b e i t e“. Heute, so äußerte Prager, gelten diese Worte nicht mehr, dafür gilt aber der Satz: „Wer die Arbeit hat erfunden, hat aus Stempeln nicht gedacht, sonst hätte er die schönsten Stunden, auf dem Nachweis zugebracht.“

Wir wünschen Herrn Prager nur, daß er einmal 4 bis 5 Wochen in den Bettelstufen, die der Arbeitslose an Unterstützung erhält, leben möchte. Vielleicht würde er dann seine dichterische Begabung auf geeigneten Gebiete anwenden.

Berodorf, Kreis Jauer. Eine merkwürdige Gelegenheit. Am Sonnabend wurde hier die Hausangestellte Joppy von einer Frau angesprochen, die ihr eine phantastische Geschichte von einer zweiten Mutter erzählte und ein Zusammenreffen für Sonntag nacht 11 Uhr ausmachte. Das Mädchen ging trotz Warnungen zu dem mysteriösen Rendezvous. Nach zehn Minuten folgten ihm nichts Gutes ahnend, die mit dem Mädchen verwandten Gebrüder Fiebig, und fanden das Mädchen bestunntungslos im Graben am Dorfausgang nach Dittterdorf. Das Mädchen war offenbar stark betäubt worden und sollte in einem Auto entführt werden, was durch heftige Gegenwehr vereitelt worden war. Als die Entführer — man hatte ein verdächtiges Auto im Dorfe bemerkt — sich verfolgt sahen, ergriffen sie offenbar die Flucht, ihr Opfer bestunntungslos zurücklassend. Das Mädchen, das die ganze Nacht nicht zur Besinnung kam, phantasierte von einem Auto und verfiel in Weinkrämpfe.

Aus der Umgebung

Krositz-Weide. Generalversammlung der Partei. Am Freitag, den 17. Januar, fand unsere Generalversammlung in Schneiders Gaststätte statt. Tagesordnung war Bericht über das vergangene Geschäftsjahr, Neuwahl des Vorstandes, Verschiedenes. Als erster Vorsitzender wurde Alfred Turski, zweiter Vorsitzender Karl Hüblich, erster Kassierer Gustav Stanelle, zweiter Kassierer Wilhelm Röder, erster Schriftführer Gustav Lorenz, zweiter Schriftführer Paul Herzog, Revisoren Hecht und Schlich gewählt. Ferner traten mehrere Mitglieder unserer Bewegung bei.

— Gestern fand in hiesiger Gemeinde im Lokal von Schneider die Neuwahl des Gemeindevorstehers statt. Gewählt wurde hierzu Genosse Paul Gildner zum Gemeindevorsteher. Als erster Schöffe wurde der Hausbesitzer Alfred Scherich, als zweiter Schöffe Genosse Max Scholz und als dritter Schöffe der Landwirt Ernst Kleinert gewählt. In den Fürsorgeausschuss wurden gewählt Genosse Alfred Turski, Landwirt Reinhold Häusel und Hausbesitzer Franz Winkler.

Wasserwerk. Gemeindevorstandswahl. Die Wahl des Gemeindevorstehers und der Schöffen fand hier weniger im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen der sonst geschlossenen Front der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten, als der internen Streitigkeiten der bürgerlichen Gemeindeväter, in deren Reihen eine Rebellion gegen den bisherigen Vorsteher Sacher, der, wie bekannt, kaum einen Namen zu schreiben in der Lage ist und sogar die Leitung der Gemeindevorstellung zumist dem Gemeindevorsteher überließ, ausgebrochen war. Beinahe wäre es zu Fälschungen gekommen. Erst wurde eine Fraktionsbildung, aber ohne S., abgehalten, dann die Arbeit des Wahlausschusses lahmgelegt, so daß die SPD-Gemeindevorsteher auf dem Hofe warten mußten, bis die Herren Bürgerlichen sich aufgelampft hatten. Dann waren aber immer noch drei Wahlgänge notwendig, bis der neue bürgerliche Kandidat Garbe mit sechs gegen fünf Stimmen gewählt wurde. Die fünf Stimmen entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Stehke.

Wasserwerk. Generalversammlung der Partei. Am 10. Januar hielt die Ortsgruppe der Partei ihre Generalversammlung ab. Eingangs sprach Genosse Kleinert-Kleitenhof über die Politik in Preußen, was mit lebhaftem Beifall quittiert wurde. Dann gab der Kassierer den Kassenbericht für den ihm Entlastung erteilt wurde. Die Ortsgruppe hat große Fortschritte gemacht. Sie ist in dem vergangenen Geschäftsjahre von 10 auf 58 Mitglieder gestiegen. Auch die „Volkswacht“ ist gut verbreitet; sie hat in Wasserwerk 31, in Kaufe 25 Leser. In beiden Gemeinden verfügen wir jetzt über die Mehrheit in der Gemeindevorstellung. Bei der Neuwahl des Ortsgruppenvorstandes wurde der alte Vorstand wiedergewählt und zwar: Magwald-Kaufe 1. Vorsitzender, Ernst-Wasserwerk, 2. Vorsitzender, Marek-Wasserwerk, Kassierer, Karl Hüblich-Wasserwerk, Schriftführer und Berichterstatter, Rother-Wasserwerk, Friedrich-Riese-Wasserwerk, Revisoren, Veltner-Wasserwerk, Beisitzer. Zur Generalversammlung des Unterbezirks wurden Genosse Marek und Rüdiger delegiert. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die SPD. geschlossen.

Kottwitz. Generalversammlung der Partei. Am 17. Januar fand im Lokal Wolff die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe der SPD. statt. Genosse Kleinert-Kleitenhof hielt einen interessanten Vortrag über die Politik der sozialdemokratischen Preußenfraktion. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde einstimmig beschlossen, bei der Gemeinde zu beantragen, daß den ausgesteuerten Arbeitslosen eine laufende Unterstützung gewährt wird. Bei der Neuwahl des Vorstandes übernahm Genosse Kleinert die Wahlleitung. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und Genosse Eisner zum Schriftführer bestimmt. Weiter wurden die Genossen Senft und Wuttke zur Generalversammlung des Unterbezirks delegiert.

Lohe. Aus der Partei. Am 18. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung der SPD. statt, in der Genosse Schiffer referierte. In der Diskussion meldete sich auch ein sehr zahlreicher Kommunist zu Worte. Als Ergebnis der anregend verlaufenen Veranstaltung konnten vier Neuaufnahmen gebucht werden.

Sozialdemokratische Partei
 Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
 Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-171
 Telefon 7900, 7901
 Geschäftszeiten von 9-11 und 16-19 Uhr

Kleitenhof. S. U. Wir sind um 8 Uhr in der Turnhalle zum Lichtbildvortrag „Heinrich Heine“.
Wieschitz. S. P. D. Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land/Neumarkt. Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet im Laugwitz ein proletarischer Unterhaltungs- und Bildungsabend statt. Festschlus: 2 Musikkapellen! Die Arbeiterjugend Breslaus und Jäschowitz wird den Abend mit Vorträgen ausstellen. Anschließend Tanz. Redner Genosse Janotta (M. D.) und Genosse Dr. Korn.

Wohlanow. Hier findet am Donnerstag, dem 23. Januar, mittags 2 Uhr, eine öffentliche Erwerbslosen-Versammlung im Lokal Jenisch statt. Redner: A. Linke. Breslau. Alle Erwerbslosen, auch aus der Umgegend, müssen erscheinen.
Schiff. Donnerstag, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Generalversammlung im Lokal Jenisch. Redner: Genosse Schiffer.

Leuthen. Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, findet Müller Generalversammlung. Redner: Gen. Schiffer.
Groß-Nachbarn. Hier findet am Freitag, dem 24. Januar, mittags 2 Uhr, eine öffentliche Erwerbslosenversammlung im Lokal Guhl statt. Als Redner erscheint Parteisekretär Schiffer. Alle Erwerbslosen, auch aus der Umgegend, müssen erscheinen.

Troschen. Am Freitag, dem 24. Januar, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Filmveranstaltung im Lokal von Wallstein statt. Vorgeführt wird der Sittensfilm „Die da unten“. Für Jugendliche ist der Film verboten.

Brodau. Filmveranstaltung. Hier finden am Donnerstag, dem 23. Januar, Filmveranstaltungen im Lichtspielhaus statt. Anfang 18 Uhr. Erwerbslose 30 Pf. Eintritt. Zweite Vorstellung 18 Uhr. Dritte Vorstellung 20 Uhr. Gezeigt wird der Sittensfilm „Die da unten“. Für Jugendliche ist der Film verboten.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau G. V.
 In alle Jugend-Abteilungen. Am 26. Januar, 17 Uhr, im nächtlichen Jugendheim an der Matthiaskant. Jahres-Generalversammlung. Anschließend läuft ein Film. Jugendobmannen 1 Stunde vorher Fragebogen bestimmt abgeben.
 In alle Abteilungen! Am 30. Januar wichtige Vereinstagungs-Funktionär-Versammlung im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses. Am Freitag, dem 7. Februar, Vereinstagungs-Generalversammlung im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, pünktlich 20 Uhr. — Die Spielsatz-Loheaufforderung wird von sofort ab getrennt. Die Regelung erfolgt in der Funktionärerversammlung am 30. Januar.
 3. Frauen- und 5. Männer-Abteilung. Jugend! Am 25. Januar Jahres-Generalversammlung. Alles hat zu erscheinen. 7. Turnerinnen-Abteilung. Das Turnen beginnt Donnerstag, den 23. Januar, in der Rodonschule.

Arbeiter-Kulturvereine
 Freie Lichtfreunde, heute, 20 Uhr, Gewerkschaft, Gartenstraße, Gemeinschafts-Abend.

Am 19. Januar verschied nach langem, qualvollem Leiden mein lieber Mann, Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der **Installateur Robert Wawerek** im Alter von 54 1/2 Jahren.
 Breslau, den 21. Januar 1930
 Sedanstraße 11
 In tiefstem Schmerz:
Emille Wawerek, geb. Haschke
 Tochter, Schwiegersohn u. Enkelkinder.
 Einäscherung: Freitag, den 24. Januar, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Gräbschen. 7055

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltung Breslau
 Am Sonntag, 19. Januar, 9 Uhr morgens verstarb unser Freund und Verbandskollege der **Installateur Robert Wawerek** im Alter von 54 Jahren. 223
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau
 Einäscherung: Freitag, den 24. Januar nachmittags 1 Uhr im Krematorium Gräbschen
 Treffpunkt der Beteiligten Endstation der Straßenbahn

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands
 Am 20. Januar verstarb unser Verbandskollege, der **pena. Schlosser Gotthard Brandt** im Alter von 46 Jahren. 226
 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
 Beerdigung: Donnerstag, den 23. Januar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
 Am 18. Januar 1930 verstarb unser Kollege **Wilhelm Stephan** im Alter von 56 Jahren
 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau
 Beerdigung: Mittwoch, den 22. Januar nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kirche nach dem Friedhof in Hünern 227

Verspätet!
 Erst jetzt erhalten wir Nachricht, daß unser alter Parteiveteran und langjähriger Kolporteur der „Volkswacht“, Genosse **August Döring** aus Neumarkt nach 1 1/2-jährigem Krankenlager verstorben ist. Wir verlieren in ihm einen stets arbeitstreuen Mitkämpfer für unsere Ziele und werden sein Andenken stets in Ehren halten. 228
Der Unterbezirksvorstand der SPD.
 Breslau-Land-Neumarkt.

Genossen
 Genossinnen
 Eure Familienanzeigen der **Volkswacht!**

Urania
 12 Monatshefte und 4 Bücher
Der proletarische Kosmos
 In bezug. auch die Bestellungen d. Zeitungs u. die Zeitungspreise.

Arbeitsmarkt
Schreibmaschinen-Mechaniker
 gesucht. Orga u. G. Tauenstr. 49

Zu der „Volkswacht“ haben Stellen-Angebote
 infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolgs

Centawer
Inventur-Ausverkauf
 Preis-Ermäßigung teilweise bis **50%**
 Beginn Sonnabends den 25. Jan.
 SCHMIEDEBRÜCKE 7-10

Rede des Verteidigers Dr. Paul Levi - Berlin
Jorns-Prozeß
 Preis 60 Pf.
Volkswacht-Buchhandlungen
 BRESLAU • Neue Gropenstraße 5 • Friedr.-Wilh.-Str. 105 • Flurstraße 4/6

Der gute Schriffführer
 und Rechenmeister
 Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung schriftlich Tätigen
 Preis 60 Pf.
 2. Volkswacht-Buchhandlung
Duderei Volkswacht
 Berlin • moderne Druckerei
 Breslau 2 • Flurstraße 4/6

AUS ALLER WELT

Kiefenfälschung von Dollarnoten

Kriminalpolizeiliche Ermittlungen zweier Kontinente haben Berlin auf die Spuren einer Fälscherzentrale geführt, die mit unbeschränktem Geldmitteln ausgestattet zu sein scheint. Die Affäre, mit deren endgültiger Klärung bald zu rechnen ist, kann in ihren Ausmaßen heute noch nicht überschauen werden. In der Hauptsache liegt ihr die Nachahmung hoher Dollarnoten, die so hervorragend gelungen ist, daß sie von keinem der großen europäischen Bankinstitute als Fälschung erkannt wurde. Die amerikanische Föderalreservebank hat bei der Einziehung von 100-Dollarnoten einen schwachen Fehldruck bemerkt. Indessen scheint die Waunde bereits viele Millionen mit den gefälschten Banknoten erzielt zu haben; denn die stärksten Mittel der amerikanischen und deutschen Kriminalbehörden ermitteln von Tag zu Tag neue Fälscherzentren. Einer der Hauptverursacher in Deutschland soll ein gewisser Franz Fischer sein, der unter dem Namen Voigt aufgetreten ist und jetzt in Thüringen leben soll und selber in der kommunistischen Bewegung in Berlin u. a. als Stadtverordneter eine Rolle gespielt haben soll. Das falsche Geld ist bei dem Berliner Bauhaus in der Straße des Königs, das vor einiger Zeit in die Hände einer amerikanischen-kanadischen Gruppe übergetreten ist.

Die Firma Sah-Marini zahlte im November 24 000 Mark 100-Dollar-Scheine an die Deutsche Bank, die das Geld in die Darmstädter und Nationalbank weiterleitete, von wo aus es über die National-City-Bank in New York an die Federal-Reserve-Bank wanderte. Bei mikroskopischer Untersuchung wurde dort an der Rückseite eines einzigen Scheines die Fälschung erkannt. Glücklicherweise handelte es sich bei diesen 24 000 Mark in 100-Dollar-Scheinen um einen geschlossenen Posten. Infolgedessen konnte der Rest des Geldes nach Berlin zurückversandt werden, wo der Leiter des Fallgeschiedes der Berliner Kriminalpolizei die ersten Nachforschungen vornahm. Der angebliche Voigt-Fischer soll das falsche Geld zurzeit des Besitzers der Firma Sah & Marini im vergangenen Herbst einbeschafft haben. Fischer selbst ist verhaftet worden und wird von der Kriminalpolizei sicherhaft gefasst. Mit seiner eventuellen Verhaftung wäre freilich das Rätsel noch nicht gelöst, wie die Fälscher in den Besitz des ersten Notenpapiers gelangen konnten.

Es ist übrigens nach Ansicht der deutschen Untersuchungsbehörden nicht unwahrscheinlich, daß die Fälscher auch 10-, 20- und 50-Mark-1000-Dollar-Noten fabriziert haben.

Watermord in Freilär

Wegen Erbschaftsstreitigkeiten kam es in der Familie des Landwirts Hauptmann in Freilär zu heftigen Szenen und Ausschreitungen. Dabei ergriff der 42 Jahre alte Sohn ein Jagdgewehr und schoss seinen greisen Vater hinterrücks nieder. Der Täter ist entflohen.

Vier Bankräuber zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt

Das Schöffengericht in Braunschweig verurteilte gestern vier Bankräuber, die Ende vorigen Jahres bei Sparkassenzweigstellen in Braunschweig mit Waffengewalt überfallen und mehrere tausend Mark geraubt hatten. Das Urteil lautete gegen Bernhard Wolcyn wegen schweren Raubes im Rückfalle auf zehn Jahre Zuchthaus, gegen Emanuel Wolcyn, Wolcyn und Banysch wegen schweren Raubes auf je sechs Jahre Zuchthaus. Gegen alle vier wurde Polizeiaufsicht als zulässig erklärt. Die wegen Hehlererei angeklagte Martha Keller erhielt drei Monate Gefängnis.

Ehrenpreis für Wissenschaftler

Dem Professor A. J. Dempster aus Chicago sind von der amerikanischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1000 Dollar als Preis für bemerkenswerte wissenschaftliche Leistungen zuerkannt worden. Dempster hat nach fünfjährigen Versuchen bewiesen, daß das Proton, die allerwichtigste Materieneinheit im Universum, im Gegensatz zu allen früheren Theorien, nicht stabil ist, sondern mit ungeheurer Schnelligkeit vibriert. Nach den Feststellungen des Professors bewegt sich das Proton mit einer eine Million mal größeren Geschwindigkeit als Licht.

Die „Europa“ fahrbereit

Der Riesendampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd, der auf der Werft von Blohm & Voß in Hamburg gebaut worden ist, hat seine erste große Maschinenprobe mit Erfolg abgelegt.

Ein Reh als Hindernis

In der Nacht zum Dienstag verunglückte auf der Straße Pillitt-Steinsgirren der Wagen des Rennfahrers Sauer aus Innsbruck, der an der Internationalen Sternfahrt nach Monte Carlo teilnehmen wollte, in 85 Kilometer Tempo da-

durch, daß plötzlich im Scheinwerferlicht des Wagens ein Reh stand. Der Führer riß den Wagen zur Seite, fuhr über einen Schäferhund an, der das Reh offenbar gehegt hatte. Am Wagen löste sich durch den Anprall die Stoßstange und geriet mit einem Ende in das linke Vorderrad. Der Wagen drehte sich um fast 90 Grad, raste weiter und raste eine Reihe dünnerer Chausseebäume vollkommen weg. Trotzdem blieben der Fahrer Sauer und sein Chauffeur unverletzt. Indessen wurden zwei Insassen, die hinten im Wagen gesessen hatten, herausgeschleudert und schwer verwundet.

Schuhrevolution im Osten?

Ein Lodzer Schuster hat ein neues Schuhmodell und zugleich auch ein neues Herstellungsverfahren erfunden, das sowohl hinsichtlich der Kosten, wie auch der Herstellungsdauer eine Umwälzung in der gesamten Schuhindustrie hervorrufen soll. Das erste Paar dieser neu erfundenen Schuhe beabsichtigt der Erfinder dem polnischen Staatspräsidenten zu schenken.

Eine Verbrecherstatistik

In der neuesten Nummer des „Wegweiser durch die Polizei“ stellt der preussische Innenminister Grzeijnski fest, daß die Jahre 1927 und 1928 in der Kriminalitätskurve eine Wendung deutlich machen. Im Jahre 1928 ist besonders die Zahl der Morde und der unzüchtigen Handlungen an Kindern gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Raube, Diebstähle und gewalttätigen Unzuchtshandlungen. Die Zahl dieser Verbrechen hat im Jahre 1929 weiter zugenommen, aber auch die der Morde und anderer schwerer Straftaten.

Bei Erfüllung ihrer schweren Aufgaben im Kampf gegen das Verbrechen wurden im Jahre 1928 nicht weniger als 14 preussische Polizeibeamte getötet, 3 mit der Folge dauernder Dienstunfähigkeit schwer verletzt, 31 leichter verwundet. Den Freitod wählten im Jahre 1928 insgesamt 37 Polizeibeamte; 5 Freitodversuche sind nicht gescheitert. Es ist hinzuweisen, daß in mehreren der Selbstmordfälle die betroffenen Beamten eine gerichtliche Bestrafung zu erwarten hatten.

Andere interessante Zahlen der preussischen Polizeistatistik aus dem Jahre 1929: von 200 Morden im Staatsgebiet sind in Berlin 32 verübt worden. In 88 Fällen blieb der Täter unbekannt. Außerdem wurden von den in festeren Jahren aufgeklärten Fällen die Täter acht verschleudert Mordverbrechen ermittelt. Ferner kamen im Berichtsjahr 155 Mordversuche zur Anzeige, von denen 15 nicht aufgeklärt werden konnten. In Totschlägen wurden 170 gemeldet, 8 von ihnen sind ungescheitert. Von 1955 Verbrechen des Raubes und der räuberischen Erpressung sind 1241 aufgeklärt worden, von 467 Raubversuchen 224.

Natürlich hat auch die Zahl der Diebstähle der Polizei außerordentlich viel Arbeit gemacht. Die Zahl der einfachen Diebstähle im Jahre 1929 beträgt 204 670 gegen 155 847 im

Jahre 1928. Mehr als 100 000 Diebstähle fanden keine Aufklärung. An schweren Diebstählen wurden 61 387 gemeldet, dagegen nur in 21 500 Fällen ermittelt. Von 2493 gewalttätigen Unzuchtshandlungen wurden 2200 aufgeklärt. Auch wo unzüchtige Handlungen an Kindern angelegt wurden, konnten die Täter fast immer gefast werden. Die Zahl der Brandstiftungen ist um mehr als 500 zurückgegangen.

Zwei Jahre Gefängnis für Winter

Nach wochenlanger Verhandlung vor dem Schöffengericht Schöneberg wurde gestern das Urteil gegen den wegen fortgesetzten Betrugsversuches angeklagten Handwerker Winter verkündet. Winter wurde zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Seine Mitangeklagte, Angestellte Frau Zimmer, wurde freigesprochen. Winter hatte seine Handwerke nach Bergmannschem Muster betrieben. Er suchte Geldgeber, denen er hohe Zinsen gegen Sicherheit versprach. Die Sicherheiten stellten sich als minderwertig oder fingiert heraus, so daß die Geldgeber einen Schaden von insgesamt 200 000 Mark im Laufe der Zeit erlitten haben.

Wegen Nebel auf offener See niedergegangen

Das gestern mittag um 1 Uhr gestartete Dornier-Supermal-Flugboot „Graf Zeppelin“ D. 1747 mußte nachmittags um 2,45 Uhr auf der Höhe der Halbinsel Darß wegen starken Nebels auf die See niedergehen. Das Flugboot wurde dann auf dem Wasser nach Süden getrieben. Um 5,30 Uhr wurde es in Mürk gestrichelt, und seine acht Insassen wurden von dortigen Einwohnern an Land geholt.

Bilderdiebstahl in Bern

Am Dienstag wurde im Kunstmuseum in Bern ein Bild von Holbein dem Jüngeren, den Erasmus von Rotterdam darstellend, im Werte von 20 000 Franken, gestohlen. Den Tätern ist man auf der Spur.

Aufruhr im Sträflingschiff

Als der französische Dampfer „La Martiniere“ mit einigen hundert Verbrechern an Bord nach der Strafkolonie Cayenne ausgefahren war, brach eine Revolte aus. Während der Mittagsstunden überfielen die Sträflinge einen Aufseher und versuchten ihn zu erdrosseln, nachdem sie ihm den Revolver entziffen hatten. Die Revolte wurde schließlich mit Hilfe einer Dampfpirke unterdrückt. Die Meuterer wurden auf vier Tage zu Wasser und Brot verurteilt.

Das Eigentum der Heilsarmee

Der zuständige Richter hat die Testamentsvollstrecker des verstorbenen Generals der Heilsarmee, Bramwell Booth, aufgefördert, dem neuen General Higgins das Eigentum der Heilsarmee im Werte von mehreren Millionen Pfund Sterling, zu dem auch Kapellen, Heime und andere Gebäude gehören, zu übergeben.

Radfahren ist Luxus

Und für den Arbeiter erst recht

Das Preussische Landesarbeitsgericht hat eine Entscheidung gefällt, nach der der Arbeiter, der mit seinem Rad zur Fabrik fährt, sich darüber klar sein muß, daß er „ein gewisses Risiko“ eingeht, wenn er ein Fahrrad zur Arbeitsstelle mitbringt, „ohne daß dies unbedingt notwendig ist“. Wo gibt es die Kunststoffe, die den Arbeiter darüber belehrt, ob in seinem Fall das Fahrrad „unbedingt notwendig“ ist? Und wie ist das Landesarbeitsgericht zu der kurlösen, arbeiterfeindlichen Entscheidung gekommen?

Weit draußen, im südlichen Vorort der großen Stadt, steht eine Telephon- und Telegraphenbauanstalt an einem kleinen einsamen Weg, 20 Minuten Fußmarsch vom nächsten Vorortbahnhof entfernt. Ein paar Straßenbahnlinien führen ins Innere der Stadt, aber nur mit großem Zeitverlust und mehrfachem Umsteigen können die meisten Arbeiter ihre Wohnung erreichen. Wer sich den Besitz eines Fahrrades noch leisten kann und kräftig genug ist, zweimal am Tage die weite Straße zu radeln, spart lieber das teure Fahrgeld. Auf dem Fabrihof gibts einen Schuppen zur Aufbewahrung von Fahrrädern, mit Holzgestellen, an denen durch Eisenbügel Ketten zum Anschließern der Räder befestigt sind. Das Schloß bringt der Arbeiter selbst mit. Eines Tages gibt die Firma bekannt, daß der Schuppen nicht mehr verschlossen gehalten wird, jeder sei verpflichtet, sein Fahrrad selbst anzuschließen, weil die Firma für Diebstahl nicht aufkommt. Der Arbeitertratt bittet wiederholt um Einführung starker Sicherungen, etwa durch Stellung eines Wächters, durch Torfkontrolle oder Markensystem — vergeblich; die Firma meint, Kette und Eisenbügel wären stark genug, zumal man das Markensystem im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung abgeschafft hatte. Die einfachste Lösung, daß man auch außer Kette und Eisenbügel durch ein kombiniertes System das Eigentum der Arbeiter besser

hüten könne, war den Herren vermutlich zu teuer, die gewohnt sind, sich in ihren eigenen Wohnungen mit komplizierten Sicherheitsschlössern und kostspieligen Einbruchsicherungen vor Schaden zu schützen. Es fand sich auch bald ein geschickter Dieb, der gewalttätig den Eisenbügel vom Holzgestell losbrach und mit dem Fahrrad des Mechanikers Schulze samt Kette und Sicherheitschloß ungehindert davonfuhr. Wer trägt nun den Schaden? Schulze hatte die gebotenen Vorrichtungen ordnungsmäßig benutzt; die Firma dagegen behauptet, daß sie ihrerseits das Erforderliche zur Sicherung der Fahrräder getan habe. Der Mechaniker klagt auf Schadenersatz in Höhe von 150 Mark und verliert den Prozeß beim Arbeitsgericht. Der Richter sieht wenigstens ein, daß hier eine grundsätzliche für jeden Arbeiter bedeutsame Frage entchieden wird und läßt die Berufung zu, obwohl die Höhe des Streitwertes an sich zur Berufung nicht ausreicht. Die zweite Instanz, das Landesarbeitsgericht, findet den einzig wertvollen Besitz eines Arbeiters nicht so wichtig, um eine grundsätzliche Frage daraus zu machen, über die das höchste Gericht mit besonderer Gründlichkeit entscheiden müßte; sie weist die Berufung zurück, und der Mechaniker Schulze darf wieder Eisenbahn fahren und vierzig Minuten täglich spazieren gehen. Es war der gefährliche Syndikus des stärksten Arbeiterverbandes, der sehr geschickt vor dem Gericht nicht nur die Interessen der einen Firma vertat, — er sprach ja nebenbei für eine der mächtigsten Wirtschaftsgruppen, die um Gottes willen davor bewahrt werden muß, außer für Blechkanne und Rod des Arbeiters womöglich noch für das Fahrrad zu haften! — Das Landesarbeitsgericht verlangt vom Arbeitgeber nur, daß die Fahrräder nicht mit Leichtigkeit gestohlen werden können, der Arbeiter aber „muß sich über sein Risiko klar sein...“



Kaiser's Kaffee
wieder 20% billiger
5% RABATT IN MARKEN
KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT ÜBER 1000 FILIALEN!

Die Genfer Kohlenkonferenz

Entscheidung - dennoch Zuerst

Die Kohlenkonferenz, die am 8. Januar beim Internationalen Arbeitsamt zusammentrat...

Die Bergarbeiter verlangen programmatisch nicht nur Vereinfachung, sondern auch Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden...

Die Regierungen Polens, Spaniens, Belgiens, Oesterreichs und Frankreichs waren nicht ohne weiteres für die 7 1/2-Stunden-Schicht zu haben...

verhältnismäßig erheblich geringen Überschritten, was teilweise vielleicht bereits als eine Rückwirkung der Verringerung...

Keine Gelder der Angestelltenversicherung zur Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung

Das Direktorium der Reichsversicherung für Arbeitslosenunterstützung hat sich für die Verwendung der Gelder der Angestelltenversicherung...

Die Landesversicherungs-Anstalten dürfen kaum eine andere Haltung einnehmen. Für die Unfallversicherung besteht noch viel weniger eine Möglichkeit...

Die Arbeiterkassen der Angestellten-Versicherung sind vom deutschen Bauergewerksbund bereits für die Unterhaltung des Bauamtes gefordert worden...

16 bis 24 Mark täglichen Lohn

will die Kölner Ford-Niederlassung jedem Arbeiter zahlen

In einer Unterredung eines Vertreters der 'Kölner Zeitung' mit dem Generaldirektor...

Die Arbeitslosenunterstützung in Polen

Der polnische Ministerrat hat beschließen, die bisherige Form der Arbeitslosenunterstützung abzuändern...

Arbeitsstörungen in der niederländischen Textilindustrie

In der niederländischen Textilindustrie ist im Bezirk Twente der Beschäftigungsgrad so stark zurückgegangen...

Die Arbeitslosigkeit in Wien ist nach der neuesten Statistik wieder sehr stark gestiegen...

Der Weisheit letzter Schluss

Tarispolitik soll ein untaugliches Mittel sein

Am 14. Dezember 1929 hat sich der 'Allgemeine Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung e. V.' in Berlin konstituiert...

Soweit die 'Nichtlinien'. Es würde zu viel Raum in Anspruch nehmen, auch noch das 'Arbeitsprogramm' wirklich zu erläutern...

Trotzdem das nun anders werden, die Gewerkschaften müssen noch stärker vorgehen, ganz unsere Meinung...

304229 Erwerbslose in Schlesien

In der Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden ist in der Berichtswache im Verhältnis zu den Vorwochen ein nicht unerhebliches Abflauen zu beobachten gewesen...

Die hohe Gesamtzahl der Arbeitsuchenden aber überhaupt ergibt sich deutlich aus dem Vergleich mit den an sich gleichfalls schon sehr hohen Vorjahreszahlen...

aufweisen, auf der einen Seite um Bezirke, die unter der unangünstigen Lage der Industrie der Steine und Erden im Zusammenhang mit der ungünstigen Lage des Baugewerbes...

Sinter den Vorjahreszahlen der gleichen Zeit bleiben nur Kreuzburg und Dels noch zurück...

Während die arbeitssuchenden Zahlen um rund 17 v. H. höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres sind...

Der deutsche Warenverkehr 1929

Das Reichsstatistische Amt gibt die Gesamtausfuhr Deutschlands für das Jahr 1929 mit 18.482,2 Millionen Mark an...

Table with columns for months (Dec 1929, Nov 1929, Dec 1928) and rows for various trade categories like Einfuhr, Ausfuhr, etc.

Der Rückgang der Ausfuhr erklärt sich durch die Geschäftslosigkeit, die zwischen den Festtagen am Ende des Jahres regelmäßig eintritt...

Table with columns for months (1918, 1927, 1928, 1929) and rows for trade categories like Einfuhr, Ausfuhr, etc.

Die historische Reichstags-Sitzung

25. Januar 1899 wurde das Sozialistengesetz aufgehoben
Von Karl Dör

Der 25. Januar ist nur denkwürdig in der Geschichte der Sozialdemokratie. In der für die Partei so bedeutenden Reichstags-Sitzung wurde der Regierungsentwurf des Sozialistengesetzes auf ewig zu verlängern, gegen 98 Stimmen abgelehnt. Das war der letzte gegen den Klassenfeindlichen Kartell-Reichstages, denn die Neuen zum Reichstag mit der erstmaligen fünfjährigen Legislaturperiode standen vor der Tür. Die Debatten über die Aufhebung des Sozialistengesetzes fielen also gerade in die lebhaftesten Wahlvorbereitungen. Das gab natürlich der Partei die schlagkräftigste Wahlparole und selbstverständlich die Aussicht auf einen imposanten Sieg im Februar 1900. Mit 35 Mandaten zog die Sozialdemokratie in den neuen Reichstag ein und bestätigte so das Wort Singers, das er noch in der Reichstags-Sitzung vom 22. Januar prägte: Die Sozialdemokratie ist härter als das Sozialistengesetz!

Das Sozialistengesetz trieb die Bewegung des Auswärtigen. Die Spieler schreie man noch damit, daß man die Sozialdemokratie verjage mit den anarchoistischen Methoden der Gewalt den bestehenden Staat umzuwerfen. Ergänzend sagte man noch im Wahlkampf, die Demokratie wolle die Weidewirtschaft, das Chaos und die Verwahrlosung der Gesellschaft! Paul Singer mußte noch in der Reichstags-Sitzung vom 22. Januar energisch Stellung gegen die Verleumdung, die Sozialdemokratie betreibt anarchoistische

Am 23. Januar übte dann der unergiebige Karl Grillen eine scharfe Kritik an dem brutalen Ausnahmegesetz, an den schicksalhaften Ausweisungen und an der Art, wie die Ausgewiesenen behandelt wurden. An der Unmöglichkeit des Ausweisungspatragraphen ändert auch nichts die Forderung einer Beschränkungskommission.

Minister Herfurth übernahm diesmal die Rolle Bülows und begründete scharfmächtig die Regierungsvorlage. Ausnahmegesetz habe sich bis jetzt glänzend bewährt die gemeingefährlichen Bestrebungen der verfolgten Sozialdemokratie wesentlich eingeschränkt. Der einzige Mangel Ausnahmegesetzes wäre eben nur sein Ausnahmeharakter gewesen. Das unerhörteste Gesetz müßte in ein Dauergesetz umgewandelt werden. So redeten auch die Konservativen und Nationalliberalen und glaubten selbst an die Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie. So ging auch die Verlängerung des Ausnahmegesetzes in der zweiten Lesung mit 166 Stimmen gegen Stimmen der Zentrums, der Freikonservativen und Sozialisten durch.

Dann kam die für die Sozialdemokratie ruhmreiche Entscheidung des Kartell-Reichstages und damit auch das Ende des Sozialistengesetzes. Da die Wahlen vor der Tür standen die bürgerlichen Parteien untereinander Bündnisse suchten, sie sich mit der Sozialdemokratie. So verließen sie das Ausnahmengesetz durch und eilen von der Reichstagstribüne auf die Bundestribüne. Ein Drittel der bürgerlichen Abgeordneten auf der Regierungsbank sah nur Minister Herfurth, und reden, die noch gegen die Sozialdemokratie gehalten wurden, in geradezu katastrophal geistlos und trivial! Nur ein einziger Abgeordneter, und ausgerechnet Prinz Eugen von Carlsberg, der schlesische Fürst, wandte sich recht scharf gegen die Verleumdung der bürgerlichen Propaganda. Er sagte, daß man nur aus Geistesarmut Mangel an Idealismus die Polizei hinter die Sozialdemokratie herjage, und daß man in der Zeit der furchtbaren Streikden hohen Idealismus der Sozialdemokratie ändern müsse. Diese Worte eines aufrechten Mannes brachten Freuden die politische Verfeinerung und die geistliche Bewegung durch seine eigene Partei ein. Außer diesem Aufrechten Schönlank wandte sich nur noch der Zentrumsführer Dühring gegen die Verewigung des Schandgesetzes. Nicht Freundschaft zur Sozialdemokratie, sondern aus der richtigen Kenntnis, daß ein solches Gesetz auch einmal die Zentrums-Partei treffen könne. Windthorst sagte seinen bürgerlichen Kollegen im Reichstag, daß es eigentlich recht dumm sei, die Sozialdemokratie mit dem Polizeisäbel zu bekämpfen, was es viel einfacher wäre, die Idee des Sozialismus unwirksam machen durch einen entsprechenden Schulunterricht. Als bekannte sich das Zentrum noch mit erfreulicher Mehrheit zu der ultramontanen Schulpolitik.

Turmhoch über all das Gerede in dieser denkwürdigen Reichstags-Sitzung hoben sich die Reden innerer Kritiker auf Bebel und Wilhelm Liebknecht. Wieder unter August Bebel eine heisende Rede gegen das Schandgesetz, eine scharfe Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft, eine treffende an die Regierungen des grauen Mittelalters schilderte farbige den internationalen Charakter der kapitalistischen Gesellschaft. Auf die Vorwürfe, daß die Sozialdemokratie den Staat umwälzen wolle, erwiderte August Bebel schon daß sie gar nicht daran denken würde, den Staat der er sei als der Staat des alten Fritz, chaotisch zu wälzen.

Was wußte Minister Herfurth auf diese sprühende und giftige Rede Bebel's zu antworten? Daß die Sozialdemokratie nur Vertreter jenes Teils der Arbeiterschaft sei, der arbeiten wolle, da sprang der alte Liebknecht auf und zerstückte diese armselige Ministerrede. Er sei der Herkules, der mit der Arbeiterschaft fertig werde, und Beschimpfung, die er eben ausgesprochen habe, werde die Arbeiterschaft am 20. Februar mit Hingezinseln heimlich. Die einzige Antwort auf diese Ministerbeschimpfung die Wahl von 98 Abgeordneten.

Kühl, sachlich, trocken, nüchtern und ohne Aufregung, wurde das Gesetz auf Verewigung des Ausnahmezustandes abgelehnt und mit 100 Stimmen gegen 98 Stimmen abgelehnt! Damit fiel das Sozialistengesetz! Es blieb aber bis Oktober, der gesetzlichen Dauer, wirksam!

In dieser denkwürdigen Sitzung fielen von Sozialdemokraten scharfe, ähnde, bittere, heftige und leidenschaftliche Worte, aber niemals stehen August Bebel und Wilhelm Liebknecht zur Unterstützung ihrer Worte in Rindetrompeten und als argumentierten sie im Parlament mit der Faust für die Idee des Sozialismus! Kampfbildigkeit ist also kein parlamentarisches Erbgut, das uns die alten Sozialdemokraten aus der Zeit des Sozialistengesetzes vermachte hätten!

Arbeiter und bürgerliche Sänger

Von einem der Vertreter der bürgerlichen Sänger wurde am 17. Januar erklärt, daß dem Deutschen Sängerbund 70 Prozent Arbeiter angehören. Dies zahlmäßig zu sagen, müßte man den bürgerlichen Sängern überlassen. Sie behaupten diese Behauptung für die heutige organisierte Arbeiterschaft nicht gerade eine Schmeichelei. In allerdings erbarmend nicht erkennt jene „Feststellung“, wenn in einem Teil der bürgerlichen Kreise zu der selbstverständlichen auch die Beteiligung der bürgerlichen Sänger gehört, die Arbeiter als „Arbeiter“ zu bezeichnen. Und warum? Man umschreibt den Artikel die Herren Akademiker. Da schämt man sich

der Proleten! An folgendem Satze mag das demonstriert werden:

„Wenn es der Fabrikarbeiter, der Kaufmann, der Künstler nicht unter ihrer Würde halten, mit dem kleinen Beamten, dem Handwerksmeister, dem Angestellten gemeinsam sich an der Pflege des Gesanges erfreuen, dann sollte auch der „Studierende“ nicht grundlos davon fernhalten.“

„Ehe dere Behn zweimal kräht, wirst du mich dreimal verleugnet haben“ — und wenn die „neutralen“ Sängern an die Herren „Gebildeten“ appellieren, dem bürgerlichen Sängerbund beizutreten, dann verleugnen sie den „Bruder“ Arbeiter. Aber selbst diese Verleugnung genügt den Herren noch nicht. Sie müssen noch den Akademikern gegenüber eine Entschuldigung sammeln, die für das Wesen der bürgerlichen Sänger bezeichnend ist:

„Es soll durchaus nicht einer vollkommenen Gleichmacherei das Wort geredet werden.“ Also noch nicht einmal die Beamten, Handwerksmeister und Angestellten sind „stubein“ genug. Der Herr Akademiker muß noch einen besonderen Köder hingeworfen bekommen: Gleichmacherei gibt es im berühmten deutschen Liebeslied! O nein,

Winterlied der Armen

Von Bruno Schönlank.

O, wir Armen, wie müssen wir leiden!
Die Sonne wie tot und der Winter so kalt.
Der Frost will uns in Stücke schneiden,
Wir haben ja nichts, uns warm zu kleiden,
Wenn grimmiger Ost uns hart umkrallt.

Seht nur! Von frostgekränkten Zweigen
Die Äpfel saßen kalt und tot.
Ihr heiliges Sängerbund, müß Schweigen,
Uns wird kein andres Los zu eigen,
Geht nicht bald diese Winternot.

Kartoffeln erfroren und alle die Kohlen.
Wir hatten über Gas die stierende Hand.
Wir gehen zu Postamt und Bahnhof verkohlen;
Um uns ein wenig Wärme zu holen
Und suchen vor Häusern der Reichen uns Brand.

Das Herz unfreier Häuser ist beinahe erfroren,
Nicht lange mehr und es ist ganz erloschen.
Dann erklären selbst Kinder, die noch nicht geboren...
Wie frierendes Wild, das zu Tode sich scharrt!

die Kassen bleiben gewahrt. Fein säuberlich werden der „Kassen“ und die „Gebildeten“ getrennt. Und mitten in dieser Gesellschaft sitzt der Prolet mit 70 Prozent des Bundesbestandes. Diese 70 Prozent aber werden folgeschwiegend. Es könnte sonst aussehen wie — Gleichmacherei! So, Prolet, wirst du von deinem „Sangesbruder“ eingeschätzt!

Mit dir zu prahlen, dich heranzuholen zum Zahlen — ja, dazu bist du gut; aber bei der Werbung um die „besseren“ Kreise dich als „Sangesbruder“ zu nennen — nein, das kannst du nicht verlangen. Da hört die Sangesbrüderlichkeit auf bei den Beamten, Handwerksmeistern und Angestellten! Und selbst da beugt man schon vor — Gleichmacherei — nein, das gibts im Deutschen Sängerbund nicht! Man alledert kein säuberlich nach „Studierten“ und „Nichtstudierten“ und übersteht dabei den Arbeiter.

Sehn Jahre ohne Schnaps und Bier

Der Alkoholkrieg in den USA.

In diesen Tagen sind zehn Jahre verflossen, seitdem die Vereinigten Staaten von Nordamerika „trocken gelegt“ wurden. Für uns, die wir fern vom Schutze der Prohibitions-polizei in den gelegenen Bier- und Weinschwemmen der „nassen“ Deutschen Republik ungeschoren dem „Teufel Alkohol“ fröhnen können, ist der Geburtstag der sogenannten Prohibition eine interessante Zeitungs-Unterhaltung. Für die freien Bürger des angeblich freiesten Staates der Welt jenseits des großen Teiches aber ist er die Bilanz eines blutigen und kostspieligen Krieges.

Das andere Gesicht der Prohibition

Mit dem Inkrafttreten des Alkoholverbotes bekam das öffentliche Leben der nordamerikanischen Staaten mit einem Schlage ein anderes Gesicht. Die legale Brauindustrie verschwand vom Boden und wich unterirdischen Brennereien. Das Gewerbe der „bootleggers“ (Alkoholschmuggler) wurde geboren. Ueber eine halbe Milliarde Dollar wurde in der neuen Industrie investiert. Eine große moderne Tankflotte wurde geschaffen. Auf kleinen Motorbooten, mit Maschinengewehren besetzt, — es soll sogar Unterseeboote für den Alkoholschmuggel geben — fagen verwegene Männer bei Sturm und Wetter, bei Nacht und Nebel in die geheimen Häfen, um sich ihres kostbaren Rasses zu entledigen. Schwere, schnelle Autos bringen die verdohene Fracht durch die kanadischen Grenzländer an die amerikanische Grenze, wo — wie zu Zeiten der Goldjägerperiode — die Jäger überfallen werden, wenn sie ihre Transporten in den Weg stellen. Während an der atlantischen Küste die gepanzerten Wacheboote der Regierung die Schmuggelschiffe mit Artilleriefeuer zum Weidrehen zwingen, jagen landläufige Automobile der Prohibitions-polizei auf dem Lande hinter den an der Grenze übernommenen Alkoholtransporten her.

Die Toten des Spirit-Krieges

Eintausendneunhundertachtzig Personen sind von 1919 bis 1928 von der Prohibitions-polizei in Kämpfen getötet worden. Zwanzigtausendneunhundertachtzig Todesfälle werden im gleichen Zeitraum auf Alkoholvergiftung zurückgeführt. Das ist die blutige Bilanz der letzten zehn Jahre. Die Einzelheiten der Trockenlegungsbewegung, die am 18. Januar 1919 festgestanden veränderten, daß nach Jahresfrist das Alkoholverbot gelöst sei, stehen heute an der Spitze vieler Bataillone freiwilliger Bürger, die von den Maschinengewehren der Polizei zusammengepöckelt wurden. Es kam anders, als sie dachten. Kein Frieden, sondern ein Krieg, dessen Ende auch heute noch nicht abzusehen ist.

Die Moral von der Geschichte

Zu diesen unerhörten Verbrechen passen gefällig die moralischen Soldaten, die als Vorkämpfer des Alkoholverbotes auftraten. Das öffentliche Leben Amerikas ist heute eines der trockensten und düstersten. Kennen der bürgerlichen Kreise bereits Vergleiche mit den Jähren auf dem Balkan an die

großen und die kleinen Sünder, jene neue Kategorie von Kriminellen, die aus ihren eigenen Schwächen und denen der anderen ein gutes Geschäft machen, zählen nach Millionen amerikanischer Staatsbürger. Was sich geändert hat, ist ausschließlich das äußere Bild — der Eingang zu den Kneipen. Früher konnte man ungehindert zu ebener Erde seine „Halbes“ trinken. Heute steigt man in den zweiten Stock, um in schimmernder Schaustätte den Reiz des Verbotenen aus der Hüftlücke doppelt zu genießen. Die Zahl der „speak easys“ (Hüftlückenkneipen) wird allein in New York von der Polizei auf dreihunderttausend geschätzt.

Die Proleten bezahnen den Whisky

Ob in Baltimore oder Chicago, der Whisky ist überall gleich leicht zu erstehen, natürlich für die entsprechende Anzahl Dollar. Das läuft im Kern darauf hinaus, daß das Proletariat ohne Alkohol auskommen muß. Ein Ausnahmegesetz also! Da aber auch das Proletariat zu seinem Rechte kommen will, verkaufen tüchtige Geschäftsmacher in den Arbeitervierteln für zehn Cent gesunde, schädliche denaturierten Alkohol. Die Leute fallen tot auf den Straßen um, aber die bootleggers verdienen, und die armen Teufel haben wieder einmal einen Schlud Spirit im Bauch, wenn es auch der letzte war.

Die „Rassen“ wehren sich

Das alte Jahr hat in dem Kampf um die Trockenlegung eine entscheidende Wendung gebracht. Das Schmuggelschiff „Mad Dog“ wurde in der Silberkammer von einem patrouillierenden Polizeiboote durch Maschinengewehrfireur monodirektionsfähig gemacht und drei Mann der Besatzung erschossen. Als die staatsreiche Polizei mit den Toten an Bord landete, stellte sich heraus, daß die Beamten sich in sinnlos betrunknenem Zustand befanden. Dieser und ähnliche Fälle haben die „Rassen“ auf den Plan gerufen. Die „Association against the Prohibition“, an deren Spitze General Clarence E. Edwards getreten ist, will mit allen Mitteln die Aufhebung des Verbots erreichen.

Und die „Trockenen“ rüsten weiter

Gegen „die heilige Sache der persönlichen Freiheit“ aber wenden sich in bisher nicht gekannter Schärfe die Alkoholgegner. Der Nationalausschuß für die Einhaltung der Gesetze empfiehlt, unverzüglich die Vorschriften der Prohibition zu verschärfen. Vorgezogen ist bereits die Vermehrung des Justizpersonals, da die Gerichte mit den abzuurteilenden Fällen nicht mehr fertig werden, ferner der Bau einer Flotille von dreißig schnellen Motorbooten für den Küstenschutz und die Ausrüstung einer 10000 Mann starken Nachtruppe längs der kanadischen Grenze. Schließlich soll der für industrielle Zwecke bestimmte Alkohol mit tödlichen Giften durchsetzt werden, so daß der Alkohol nicht wieder trinkbar gemacht werden kann. Die Methode ist alt, mußte jedoch von der Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung schon vor Jahren angebehen werden, da trotz der Warnungen sich die Todesfälle häuften. Dennoch hat der Prohibitionskommissar Dora neuerdings ein scharfes Gift zur Anwendung gebracht, dem bereits vier New Yorker zum Opfer gefallen sind.

Der Kampf ohne Ende!

Die Rassen und die Trockenren kämpfen erbitterter denn je. Die „bootleggers“ denken nicht daran, ihr einträgliches Geschäft aufzugeben. Und die Regierung war noch nie entschlossener als jetzt der Präsidenschaft Hoover's, mit allen Mitteln den bestehenden Verlegen Gellung zu verschaffen. Der Krieg geht weiter. Wann wird der Frieden sein? Norbert Bachrach.

Bilder von der Zeppelinfahrt über Asien

Am kommenden Sonntag hält im hiesigen Ufa-Theater Chefredakteur Max Geisenhener, Frankfurt a. M., einen Lichtbildvortrag über: „Mit „Graf Zeppelin“ um die Welt.“ Der Vortragende hat diese Reise auch in einem reich mit auf der Weltreise des Luftschiffs ausgewonnenen Bildern geschmücktes Buch, das denselben Titel hat, beschrieben. Wir drucken nachstehend mit Erlaubnis des Verlages der Frankfurter Sozialisten-Druckerei einige kurze Abschnitte aus diesem Bericht ab:

Die Sonne geht über Rußland auf.

In der Nacht um zwei Uhr stehe ich auf. Ich kann den Gedanken nicht ertragen, im Bett zu liegen, wenn die Sonne über Rußland aufgeht. Ich muß das erste Fleckchen russischer Erde sehen, den ersten russischen Menschen. Es ist das Land Tolstoi, über das wir fahren, das armselige Land der kleinen Bauern. Hier ist nicht der Schwung der stilligen russischen Landschaft zu finden, nicht die Romantik der Novellen. Hier steht vielleicht das Haus des Bauern, über dem die „Maat der Finsternis“ ist. Um drei Uhr kriecht ein Strahl vorsichtig über die Landschaft. Um vier Uhr beginnt es heller zu werden. Ich sehe die russische Erde wie einen großen, grünen, ungepflanzten Teppich, in den winzige Getreidfelder eingewebt sind. Ein paar Baumgruppen sind zu sehen, kleine Seen, viele Klumpen. Und dann hoch am graugrünen Horizont ein glühender Punkt hoch und leuchte sich in wenigen Minuten wie ein breites Feuer in den Schrittpunkt von Himmel und Land. Die Sonne ging auf über Rußland! Der Himmel mit Wolken mattiert, die Strahlen schließen durch hundert dicht bei dicht gelagerter grauschwarzer Wolken, die nun brennen und lohnen. Wir fahren hundert Kilometer, ohne ein Haus zu sehen. Ich gucke vergeblich nach Menschen aus. Einmal entdebe ich zwei Bauern auf dem Felde. Sie müssen dort geschlafen haben, denn als sie das Luftschiff sehen, rennen sie wie verrückt über die Wiesen einer kleinen Holzhütte zu und verschwinden darin. Die Fahrt nach Moskau ist endgültig aufgegeben. Über der Kasse erklärt: „Moskau Industrie viele Leute, Sibirien nicht gut.“ Edener in seiner Lederjoppe kommt, um seine Wache anzutreten. Er hat auch nur vier Stunden geschlafen. Er steht den Rassen und erklärt ihm, daß ein neues Tsch in Süden festgestellt sei, dem er ausweichen müsse. Der Kasse nicht, aber er hat kein Wort verstanden. Wir sehen Wolodka, die erste russische Stadt. Goldene Kirchenkuppeln in der hell strahlenden Sonne, die Stadt fächerförmig angelegt, scheint völlig zu schlafen. Ein paar weiße Kirchen leuchten hoch aus den ebendmäßig angelegten Straßen mit den niedrigen breiten Holzhäusern empor. Unsere Propeller brummen in den Schlaf der erschreckten Bewohner. Einen einzigen Menschen sehe ich in roter Jacke mit schwarzer Pelzmütze auf dem Platz regungslos vor einer Kirche stehen.

Brennender Wald.

Wir nähern uns dem Ural. Immer stärker werden die Wälder. Ganz dicht bei einem Städtchen das nur in Umriszen zu erkennen ist, der erste urgäische Wald. Er hat sich in den dichten Wald förmlich hineingekesselt. Aber nicht nur in einer Linie. Er hat Feuerreiter nach allen Seiten ausgeschickt, die von dem Hauptweg ausgehend nach links und rechts vorgedrungen sind. Graurote Rauchwolken stellen sich über den Häusern und vernebeln die Nacht. Ungeachtet Kilometer breit und lang ist der Wald niedergebrannt. Kein Mensch kümmert sich darum. Er wird heute noch brennen.

Die Leiden. Gute Stube über russischen Sängern.

Der Ural, ein harmloses, bewaldetes Gebirge ist überaus schön. Die Leiden, die uns nicht mehr weh tun können. Es kann das was ich über sie sagen will, nicht nur ohne vorher noch einmal tief Atem zu holen, denn die Leiden sind

